

P R O T O K O L L
der 411. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 20. Oktober 2020
Zeit	19.30 – 22.20 Uhr
Ort	Turnhalle der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Grubwinkler Christa
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Brenni Gino, Brunner Joe, Buff Ronald, Corti Andrea, Grütter K. Urs, Gubler Matthias, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Herren Jennifer, Jordi Kevin, Klopstein Carole, Lauper Reto, Lehni Laura, Lütolf Roland, Mäder Renate, Messerli Patricia, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Ruta-Robert Dominique, Schmid Eva, Schmitter Beat, Siegenthaler Muinde Gabriele, Spycher Christian, Thut Walter, von Gunten Adrian, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmenzählende	Brunner Joe, Bärtschi Daniel
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Rutschi Reto, Leiter Finanzen, zu den Trakt. 3 bis 5
Entschuldigt abwesend	GGR: Bar Abdelmajid Bärtschi Annik Bircher Laura Hennache Lamya Kohler Andreas Legler Bettina GR: Bärtschi Markus
Protokoll	Schlumpf Sarah

Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 15. September 2020	578
2. Reglement über den Ausgleich von Planungsmehrwerten; Teilrevision	578
3. Reglement über die Spezialfinanzierung Vorfinanzierung von Schul- und Verwaltungsanlagen des Verwaltungsvermögens	580
4. Reglement über die Spezialfinanzierung Werterhalt Liegenschaften des Finanzvermögens	583
5. Finanzen	583
A) Genehmigung des Investitionsplans 2020 – 2025	
B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehrpflichtersatzabgabe und der Besoldungsanpassungen für das Jahr 2021	
C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2020 – 2025	
6. Motion forum: Erneuerung des Aare-Uferschutzplans	599
7. Motion Brenni (Grüne): Für ein sofortiges Moratorium von 5G auf dem gesamten Gemeindeboden	601
8. Postulat FDP.Die Liberalen betreffend Energiepolitik	603
9. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	605
10. Neue parlamentarische Vorstösse	606

Nachruf auf Anne-Claude Slongo

"Die Zeit heilt nicht alle Wunden. Sie lehrt uns nur, mit dem Unbegreiflichen zu leben."

Am 09. Oktober 2020 ist Anne-Claude Slongo viel zu früh und viel zu jung nach einer Hirnblutung verstorben. Für uns alle unbegreiflich – müssen wir von Anne-Claude Abschied nehmen. Wir werden sie vermissen. Ich wünsche ihrem Mann und den beiden Töchtern alle Kraft, damit sie in dieser ausserordentlich schweren Zeit irgendwie zurechtkommen.

Walter Thut (forum-Fraktion)

Liebe Anne-Claude

*Am 9. Oktober hast Du diese Welt verlassen müssen.
Deine Familie,
Deine Freundinnen und Freunde,
Kolleginnen und Kollegen in der französischsprachigen Kirchgemeinde Bern,
Kolleginnen und Kollegen im Grossen Gemeinderat Muri,
Menschen in verschiedenen Organisationen in Muri-Gümligen wie dem Müze, dem Elternclub,
Zusammen aktiv und auch in der Kirchgemeinde,
Menschen anderswo in der Welt trauern um Dich.
An vielen Orten hinterlässt Du eine Lücke.*

*Zuallererst fehlst Du als Mensch.
Es fehlen Deine Fröhlichkeit und Deine Nähe zu Menschen, Dein Interesse an ihnen. Es fehlt
Dein Engagement für diese Nähe, das Soziale, das gerade auch Menschen mit
Migrationshintergrund gespürt haben, Dein Engagement für Gerechtigkeit, fürs Teilen.*

*Du hast Sozialwissenschaften studiert, aber vor allem hast Du auch nach sozialen Grundsätzen
gelebt. Du hast Dich dafür in der Gesellschaft eingesetzt, Dich bei den letzten Wahlen in den
GGR Muri der Politik zur Verfügung gestellt, vor wenigen Jahren einen Platz erhalten im Rat.
Deine Interessen und Vorstellungen einer lebenswerten Gesellschaft hast Du auch da
verteidigt. Wir erinnern uns zum Beispiel an Dein engagiertes Votum um die
Flüchtlingsunterkünfte in der Gemeinde.*

*Liebe Anne-Claude, wir vermissen Dich im Kreise der Fraktion und des GGR, und viele andere
Menschen vermissen Dich auch. Wir werden allein weitermachen, hoffentlich auch in Deinem
Sinne. Es werden Dich auch all diejenigen vermissen, die Dich bei der Weiterarbeit hier im
Parlament in den derzeitigen Wahlen mit ihrer Stimme unterstützt haben oder es aus
Unkenntnis um Deinen Tod noch tun werden.*

*Adieu, Anne-Claude. Wir werden uns immer wieder an Dich erinnern, wenn es jemanden
bräuchte wie Dich. Anne-Claude, repose en paix.*

Als Zeichen unserer Wertschätzung bitte ich Euch, Euch für einen Moment der Stille in Gedanken an Anne-Claude zu erheben.

Die Vorsitzende: Ich begrüsse Euch zur 411. Sitzung des Grossen Gemeinderats. Ich begrüsse ebenfalls die Mitglieder des Gemeinderats, Finanzverwalter Reto Rutschi sowie die Berichterstatter der Medien und die Gäste.

Bitte denkt nach wie vor an die Abstandsvorschriften. Bitte meldet Euch im Falle einer Covid-19 Ansteckung im Nachgang an diese Sitzung umgehend bei der Gemeindeschreiberei, damit allfällige Quarantänemassnahmen angeordnet werden können. Die Gäste wurden ebenfalls gebeten, ihre Kontaktdaten zu hinterlegen.

Seit dem 12. Oktober 2020 besteht im öffentlichen Raum Maskenpflicht (vgl. auch E-Mails vom 07. und 19. Oktober 2020 der Gemeindeschreiberei). Ihr müsst die Maske immer tragen, ausser wenn Ihr an Eurem Pult sitzt. Bitte reinigt trotz Maske nach jedem Votum das Mikrofon, falls es Euch lieber ist, dürft Ihr die Maske beim Votum abziehen. Beim Herumgehen der Vorstösse muss die Maske ebenfalls getragen werden, das gleiche gilt beim Benutzen der sanitären Anlagen und beim Verlassen der Halle.

Für die Abstimmungen werden die abgegebenen Stimmkarten verwendet.

Auf ein Apéro nach der Sitzung wird nach wie vor verzichtet.

Seitens der Verwaltung ist zur Behandlung der Traktanden 3 bis 5 Reto Rutschi, Leiter Finanzen, anwesend.

Damit eröffne ich die eigentliche Sitzung. Es sind 34 (recte: 33) Ratsmitglieder anwesend; wir sind somit beschlussfähig.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 15. September 2020

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2. Reglement über den Ausgleich von Planungsmehrwerten; Teilrevision

Die GPK hat keinen Sprecher nominiert. In der GPK wurde der Antrag des Gemeinderats mit 4 zu 0 Stimmen, also einstimmig, gutgeheissen.

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Wie Ihr den Erläuterungen in der Botschaft sowie in den Fussnoten im Reglementsentwurf habt entnehmen können, beinhaltet die vorliegende Teilrevision des Reglements über den Ausgleich von Planungsmehrwerten vor allem formale Anpassungen aufgrund der Beschlüsse des Grossen Rats des Kantons Bern. Die entsprechenden Bestimmungen im kantonalen Baugesetz sind per 01. März 2020 in Kraft getreten und müssen von uns in unserem Reglement nachvollzogen werden.

Den Gemeinden stehen dabei zwei Handlungsfreiheiten offen, welche Muri nutzen

möchte:

- Gewährung eines Freibetrags bei Um- und Aufzonungen von CHF 40'000.00. Dies wollen wir Euch vorschlagen, damit mit der Gewährung dieses Abzuges vor allem Bauwillige in um- und aufgezonten Gebieten zur Realisierung motiviert werden können.
- Die Mehrwertabgabe in um- bzw. aufgezonten Gebieten wird erst zur Abgabe fällig, wenn realisiert wird und nicht, wenn das Grundstück veräussert wird.

Ich danke für Eure Zustimmung.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen und weitere Wortmeldungen. Anschliessend Detailberatung bzw. artikelweise Durchberatung des Reglements, bei welchem ich nur die anzupassenden Artikel erwähne. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Reto Lauper (SVP): Ich erlaube mir, gerade zu den Traktanden 2, 3 und 4 eine Wortmeldung abzugeben, dies erspart Zeit und Desinfektionstücher. Wir sehen in diesen drei Anträgen keine Argumente, welche eine weitere Diskussion oder sogar eine Ablehnung rechtfertigen würden. Wir erachten diese drei Reglementsgeschäfte mehr als eine Formsache. Traktandum 2 und 4 sind verständlich, nachvollziehbar und sollen dann auch so hoffentlich vom Gremium durchgewunken werden. Gar komplexerer Natur ist das Reglement mit dem langen Namen, Traktandum 3, für welches glücklicherweise für interessierte ParlamentarierInnen ein Infoanlass durchgeführt worden ist. Reto Rutschi hat dabei mit Muse und guter Rhetorik die Sachlage und Hintergründe erklärt. Es war sehr komplex, aber spannend. Somit sollten alle offenen Fragen beantwortet sein. Auch diesem Antrag werden wir folgen.

Keine Wortmeldungen.

Wir kommen zur Detailberatung beziehungsweise zur artikelweisen Beratung des Reglements.

Artikel 1

Keine Bemerkungen

Artikel 3

Keine Bemerkungen

Artikel 4

Keine Bemerkungen

Artikel 5

Keine Bemerkungen

Artikel 6

Keine Bemerkungen

Das Schlusswort wird weder von der GPK noch von Thomas Hanke (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

Beschluss (34 (recte: 33) Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das teilrevidierte Reglement über den Ausgleich von Planungsmehrwerten (Art. 1, 3, 4 Abs. 4, 5 und 6 Abs. 2) wird erlassen.

3. **Reglement über die Spezialfinanzierung Vorfinanzierung von Schul- und Verwaltungsanlagen des Verwaltungsvermögens**

Für die GPK spricht Daniel Arn: Aufgrund des HRM2 hat der Kanton 2016 entschieden, dass man eine finanzielle Aufwertung der Gebäude und Grundstücke darf oder sogar machen muss. Man hat innerhalb von 5 Jahren (ab 2021) Zeit, dies aufzulösen. Bei uns ist dies ein ziemlich stattlicher Betrag von CHF 30 Mio.. Wir haben es vorhin bereits von Reto gehört, wir hatten einen sehr guten Infoanlass, an welchem uns Reto Rutschi dies nähergebracht hat. Vorher, rein durch das Durchlesen, haben wir es nicht wirklich begriffen.

Wenn wir dies nicht machen würden, zu diesem Schluss kamen wir auch in der GPK, würden wir in den nächsten 5 Jahren in der Erfolgsrechnung einen Gewinn ausweisen, welcher eigentlich gar kein Gewinn wäre. Dies ist eine rein buchhalterische Geschichte: Auf der einen Seite dürfen wir in unserem Finanzvermögen die Gebäude aufwerten, schlussendlich kommt es in die Erfolgsrechnung. Dies heisst, dies würde uns nur vorspielen, dass wir einen Gewinn machen. Aus diesem Grund ist diese Spezialfinanzierung von uns aus gesehen ein guter Schachzug. Es ist aber eigentlich keine Finanzierung, dies hat uns am Anfang immer ein wenig einen "Chnebu" durch die Beine geworfen. Unter Finanzierung verstehen wir grundsätzlich, dass auch noch Geld im Spiel ist, dies ist hier nicht der Fall. Aber diese Spezialfinanzierung hilft uns doch dazu, dass wir dann über die nächsten 25 Jahre ein Polster anlegen können, und danach Vermögen haben zum Amortisieren. Muri löst damit ein kleines oder grösseres Problem für die Zukunft und sorgt vor, dass wir die nicht cash-wirksamen Gewinne auch dementsprechend sauber platzieren können. Und damit wird der Teppich gelegt für die Gesamtanierung der Schulanlagen Melchenbühl, die Gesamtanierung und Erweiterung der Schulanlage Seidenberg sowie die Sanierung des Gemeindehauses. In der GPK haben wir dies besprochen. Wir sind noch einmal sehr gut informiert worden, und auch dort hat es einen einstimmigen 4 zu 0 Entscheid gegeben, dass wir Euch von der GPK vorschlagen können: "Dass das Reglement über die Spezialfinanzierung Vorfinanzierung von Schul- und Verwaltungsanlagen des Verwaltungsvermögens zu genehmigen ist, und dass dies auf den 01. Dezember 2020 in Kraft gesetzt werden soll."

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Dieses Reglement ist in engem Zusammenhang mit der Budgetierung 2021 und der Finanzplanung der Folgejahre zu sehen.

Im Rahmen der Budgetarbeiten sind wir – im Trakt. 5 kommen wir ja dann noch darauf zu sprechen – von einem Rückgang der Steuereinnahmen infolge Corona ausgegangen. Da wir zugleich noch mehr Gelder in das FILAG einwerfen müssen, rechnen wir mit einem Defizit von etwas über einem Steuerzehntel. Die Gemeinde verfügt über eine beachtliche Eigenkapitalreserve (Bilanzüberschuss und finanzpolitische Reserve), aus welcher dieses prognostizierte Defizit gedeckt werden kann. Wir haben es gehört: Von Gesetzes wegen ist die Gemeinde verpflichtet, ab nächstem Jahr die Neubewertungsreserve unserer Liegenschaften im Finanzvermögen in

der Höhe von rund CHF 27 Mio. zu realisieren. Dies würde zu jährlichen Buchgewinnen von rund CHF 5 Mio. führen. Das wiederum hätte zur Folge, Daniel Arn hat es bereits erwähnt, dass das Budget 2021 einen positiven Abschluss aufweisen würde, ohne dass es Auswirkungen auf unsere Liquidität bzw. Schulden hat.

Wir waren also gefordert, ein quasi rein buchhalterisches Problem so zu lösen, dass es in der heutigen Situation nicht "quer zur Landschaft" steht (wir fahren zwar ein Defizit ein, budgetieren aber einen Reingewinn).

Experten, Finanzkommission und Gemeinderat haben sich aus dem Grund dafür ausgesprochen, den Betrag von rund CHF 27 Mio. aus der Auflösung der Neubewertungsreserve in eine Spezialfinanzierung zu überführen. Zurzeit ist angedacht, die dortigen "Mittel" für die Sanierungsprojekte Schulanlage Melchenbühl, Gemeindehaus und Schulanlage Seidenberg zu verwenden, bzw. die Abschreibungen der entsprechenden Investitionen sollen via diese Spezialfinanzierung getätigt werden. Letzteres braucht dann aber immer noch die Genehmigung der einzelnen Kredite. In diesem Sinne ersuche ich Euch um Zustimmung zum beantragten Reglement mit dem radebrechenden Titel.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen und weitere Wortmeldungen. Anschliessend Detailberatung bzw. artikelweise Durchberatung des Reglements. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Walter Thut (forum): Es ist ja eigentlich erfreulich, dass sich die Gemeinde überhaupt mit dem Problem herumschlagen darf, ist eine grössere Anzahl Liegenschaften im Eigentum einer Gemeinde doch keine Selbstverständlichkeit, mal abgesehen von Schulhäusern. Nun haben aber die Einführung des HRM2 und die derzeit laufende Allgemeine Neubewertung der Liegenschaften (AN2020) den Effekt, dass die Neubewertungsreserve (seit 2016) und die Aufwertungsgewinne (ab 2020) die Gemeinderechnung unvorteilhaft belasten – die Details sind Euch allgemein bekannt. Es ist für eine Gemeinde nicht unmoralisch, Immobilien zu besitzen, nicht ganz so korrekt scheint uns, dass ein deutlich negatives Budget wie das Budget 2021 unserer Gemeinde durch die kantonale Gesetzgebung und buchhalterische Wertvermehrung auf diese Liegenschaften positiv wird, ohne dass die Gemeinde auch nur einen Franken mehr in der Kasse hat. Dies ist für die Fraktion genauso nicht in Ordnung, wie dies für den Gemeinderat gilt.

Der Gemeinderat schlägt darum eine Spezialfinanzierung vor, die den oben beschriebenen Effekt, der 5 Jahre andauern würde, abwenden soll. Die Fraktion forum unterstützt darum diesen Vorschlag, wenn sie sich auch zu erinnern glaubt, dass Spezialfinanzierungen bis anhin im Gemeinderat ungern gesehen waren. Auf Anfrage haben wir uns bestätigen lassen, dass das Geld aus diesem Topf ja dann auch ohne Auflagen verwendbar wäre, z.B. für Anlagen zur Produktion von erneuerbarer Energie.

Das forum sieht, wie der Gemeinderat, in der Auflösung über längere Zeit als die 5 Jahre, welche vorgeschrieben sind, oder gar im Verzicht auf Auflösung, auch keine Alternativen. Das Modell Spezialfinanzierung hat zudem auch noch eine Zukunft, weil auf das Jahr 2025 wieder Neubewertungen der Liegenschaften kommen sollen. Zudem werden die sanierten Schulhäuser und das Gemeindehaus dannzumal auch andere amtliche Werte haben als heute. Der Topf könnte also über die erste Runde hinaus weiter dienlich sein. Für die Fraktion forum ist es akzeptabel, dass eine buchhalterisch begründete Übung mit einer anderen buchhalterischen Übung pariert werden soll.

Matthias Gubler (FDP): Wir haben es vorhin gehört. Das Vermögen nimmt wegen den aufbewerteten Neuberechnungen der eigenen Immobilien der Gemeinde zu. Es handelt sich dabei um eine reine Umbuchung von Finanzvermögen. Diese bilden wir mit einer einmaligen Schwankungsreserve von CHF 3,1 Mio. und 5 x CHF 5,35 Mio., was einem Total von ca. CHF 30 Mio. entspricht. Dieses Geld wird aber nicht liquiditätswirksam, sondern als Vermögensumschichtung in die Neubewertungsreserven gebucht. Sie wird also dazu dienen, später in Zukunft die geplanten Investitionen in Infrastrukturen zu tätigen wie Melchenbühl, Seidenberg, oder auch das Gemeindehaus, damit wir dort Abschreibungen machen können. Damit können wir später die Erfolgsrechnung entlasten. Diese wird nicht jetzt entlastet, sondern später. Die Fraktion stimmt diesem Geschäft voll zu.

Wir kommen zur Detailberatung beziehungsweise zur artikelweisen Beratung des Reglements.

Artikel 1

Keine Bemerkungen

Artikel 2

Keine Bemerkungen

Artikel 3

Keine Bemerkungen

Artikel 4

Keine Bemerkungen

Artikel 5

Keine Bemerkungen

Das Schlusswort wird weder von der GPK noch von Thomas Hanke (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

Beschluss (34 (recte:33) Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Reglement über die Spezialfinanzierung Vorfinanzierung von Schul- und Verwaltungsanlagen des Verwaltungsvermögens wird genehmigt und per 01. Dezember 2020 in Kraft gesetzt.

4. **Reglement über die Spezialfinanzierung Werterhalt Liegenschaften des Finanzvermögens**

Die GPK hat keinen Sprecher nominiert. Dieses Geschäft wurde ebenfalls mit 4 zu 0 Stimmen gutgeheissen.

Thomas Hanke verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen und weitere Wortmeldungen. Anschliessend Detailberatung bzw. artikelweise Durchberatung des Reglements. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen. Keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Detailberatung beziehungsweise zur artikelweisen Beratung des Reglements.

Artikel 1

Keine Bemerkungen

Artikel 3

Keine Bemerkungen

Das Schlusswort wird weder von der GPK noch von Thomas Hanke (GR) verlangt. Kein Rückkommen.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

Beschluss (34 (recte:33) Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Reglement über die Spezialfinanzierung Werterhalt Liegenschaften des Finanzvermögens wird genehmigt und per 01. Januar 2021 in Kraft gesetzt.

5. **Finanzen**

A) Genehmigung des Investitionsplans 2020 – 2025

B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehropflichtersatzabgabe und der Besoldungsanpassungen für das Jahr 2021

C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2020 – 2025

Wie bereits erwähnt wurde, hat am 01. Oktober 2020 eine Informationsveranstaltung stattgefunden, welche von 10 Ratsmitgliedern besucht wurde.

Zur Erteilung von Auskünften ist Finanzverwalter Reto Rutschi anwesend.

Für die GPK spricht Raphael Racine: Die GPK empfiehlt einstimmig das Budget 2021 und den Investitionsplan 2020 – 2025 zu genehmigen. Der Finanzplan wird ja nur zur Kenntnis genommen. Der Investitionsplan 2020 – 2025 haben wir in der GPK sehr intensiv diskutiert, dabei war ebenfalls Reto Rutschi anwesend, welcher

uns dies alles sehr gut erklärt hat und auch auf Fragen sehr gut eingegangen ist. Es handelt sich hier um einen sehr ehrgeizigen Investitionsplan. In der GPK hat sich danach die Diskussion folglich um die Frage gedreht, ob die Gemeinde dies überhaupt stemmen kann. Auch angesichts des schwachen Realisierungsgrades bei Investitionen in den letzten Jahren. Thomas Hanke hat der GPK jedoch versichert, dass dies die Gemeinde stemmen kann. Sie ist für das Stemmen dieser Projekte gut aufgestellt. Die Investitionen folgen einerseits gestaffelt und zudem werden bei der Bauverwaltung Teilbereiche ausgelagert, wodurch Ressourcen frei werden. Ferner wird die Bauverwaltung aber auch zusätzlich und dauerhaft um eine Stelle aufgestockt. Bedingt durch die hohen geplanten Investitionen und der schlechten Selbstfinanzierungssituation wird sich jedoch gleichzeitig auch die Verschuldungssituation akzentuieren. In der GPK wurde diese Verschuldungssituation kontrovers diskutiert. Ein Teil der GPK weist darauf hin, dass es sich dabei nicht um problematische Schulden handelt, welche wir machen. Es sind nicht Schulden, mit welchen wir den Konsum finanzieren, sondern es sind sogenannte gesunde Schulden, mit welchen wir Investitionen finanzieren. Der Versicherungswert beispielsweise unserer Liegenschaften beträgt rund CHF 150 Mio.. Auch wenn die Schulden auf CHF 80 Mio. steigen würden, bestünde immer noch lediglich eine Belastung von 50%. Ein anderer Teil der GPK-Mitglieder sieht aber die wachsenden Schulden mit einem wachsenden Unbehagen. Es stellt sich insbesondere die Frage, wie dieser hohe Schuldenstand eines Tages wieder reduziert werden kann. Vielleicht noch ein positiver Punkt, den die GPK gerne hervorheben möchte, den wir im Investitionsplan gesehen haben. Dank einem neuen Zusammenarbeitsvertrag mit der Berufsfeuerwehr der Stadt Bern mussten kein neuer Hubretter und kein neues Pionierfahrzeug beschaffen werden. Damit hat die Gemeinde Muri CHF 1,7 Mio. eingespart. Ich denke, dies ist ein sehr gutes Beispiel, um aufzuzeigen, welche interessanten Synergien freigesetzt werden, wenn zwei Gemeinden – hier Muri bei Bern und ihre Brüdergemeinde die Stadt Bern – sich zusammentun. Was die eine Gemeinde hat, muss nicht zwangsläufig auch die andere Gemeinde haben. Man kann sich dies gegenseitig ausleihen, dies nennt man Solidarität, Effizienz und Abbau von Doppelspurigkeiten. Vielleicht noch zum Budget: Das Budget hat bei der GPK keine grosse Diskussion ausgelöst. Es handelt sich beim Budget 2021 nicht um ein Sparbudget. Der Aufwandüberschuss lässt sich zu einem grossen Teil aufgrund der Covid-19-Folgen erklären. Dieses Defizit ist aufgrund der hohen Reserven und den verbesserten Aussichten für die Folgejahre ohne Anpassung der Steueranlage sehr gut vertretbar. Einzige Unschärfe: Die vorliegende Botschaft wurde wahrscheinlich noch knapp vor der zweiten Covid-Welle verabschiedet. Evtl. wurde deswegen die Entwicklung der Steuereinnahmen für die Jahre ab 2022 ein bisschen zu optimistisch berechnet.

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Wir haben es gehört: Die Gemeinde Muri bei Bern erwartet im Allgemeinen Haushalt für 2021 einen Aufwandüberschuss von CHF 3,88 Mio., was etwas mehr als einem Steueranlagezehntel entspricht. Dieses Defizit soll über die bestehenden Reserven finanziert werden.

Die Gründe für das prognostizierte Ergebnis liegen einerseits in den Auswirkungen der Covid-19-Folgen: Der geplante Steuerertrag ist gegenüber dem Budget 2020 um CHF 1,6 Mio. rückläufig. Andererseits fallen um CHF 0,8 Mio. höhere Zahlungen in den kantonalen Lastenausgleich für die öffentliche Sozialhilfe ins Gewicht. Und letztlich sind aufgrund der höheren Steuererträge 2018 und 2019 erhöhte Zahlungen in den kantonalen Finanzausgleich zu leisten; diese erhöhen sich gegenüber dem Budget 2020 um CHF 1,2 Mio.

Die erwarteten tiefen Steuererträge sollten für das Jahr 2021 jedoch einmalig sein. Auch wenn wir heute nicht wissen, wie sich die Situation entwickelt. Wir rechnen demzufolge – Stand heute – auch damit, dass sich die Steuereinnahmen im 2022 wieder verbessern und der Ertrag ab 2023 in etwa die gleichen Zahlen wie in den

letzten Jahren erreichen wird. Zudem werden in diesen Jahren auch die Zahlungen an den kantonalen Finanzausgleich wiederum tiefer ausfallen.

Der Gemeinderat vertritt gestützt auf diese Situation die Meinung, dass dieses Defizit aufgrund der hohen Reserven (Bilanzüberschuss und finanzpolitische Reserven von insgesamt 8 Steueranlagezehnteln) und den verbesserten Aussichten für die Folgejahre einmalig ohne Anpassungen der Steueranlage vertretbar ist.

So zeigt die Finanzplanung auf, dass bei gleichbleibender Steueranlage im Jahr 2022 noch mit einer Unterdeckung von rund CHF 2,0 Mio. (1/2 Steueranlagezehntel) zu rechnen ist, während ab 2023 und den Folgejahren mit nahezu ausgeglichenen Ergebnissen kalkuliert werden kann. Und für eine attraktive Steueranlage wollen wir auch weiterhin eintreten.

Der Gemeinderat will mit der Berücksichtigung von drei grossen Liegenschaftssanierungsprojekten (Schulanlage Melchenbühl, Gemeindehaus und Schulanlage Seidenberg) in der Investitionsplanung 2020 – 2025 untermauern, dass er dem Ziel der Werterhaltung gemeindeeigener Liegenschaften grosse Beachtung schenkt, auch wenn diese Investitionen die Schuldenentwicklung belasten. Der Gemeinderat ist sich dabei auch bewusst, dass – Stand heute betrachtet – mittelfristig (ohne die beiden von der Corona-Krise geprägten Jahre 2021 und 2022) genügend Mittel für einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zur Verfügung stehen, jedoch die Schulden aufgrund der anstehenden Grossinvestitionen ansteigen werden.

So wird es denn seine Aufgabe sein, im Rahmen der Legislaturplanung 2021 – 2024 – in neuer Zusammensetzung – dem Parlament eine Antwort auf die Frage, wie viele Schulden sich Muri leisten kann und soll, zu geben. Und dies auch im Spannungsfeld mit seiner geltenden Legislaturvorgabe, keine Steuern auf Vorrat zu erheben.

Die Eintretensfrage stellt sich im vorliegenden Traktandum nicht, weil das Budget zwingend durch den GGR beraten werden muss.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Zuerst Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, anschliessend Detailberatung in der Reihenfolge:

- A) *Investitionsplan 2020 – 2025, kapitelweise*
- B) *Budget 2021, ordentliche Gemeindesteueranlage, Liegenschaftssteuer, Feuerwehrpflichtersatzabgabe und Besoldungsanpassungen für das Jahr 2021*
- C) *Kenntnisnahme des Finanzplans 2020 – 2025*

Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Eva Schmid (SP): Ich gebe zuerst das Stimmverhalten der SP-Fraktion bekannt: Den Investitionsplan genehmigen wir in der vorliegenden Fassung, wobei wir bzgl. Antrag Beck die Ausführungen der Antragstellerin und die Diskussion abwarten; das Budget genehmigen wir inklusive Antrag Messerli und der dringlichen Motion betreffend Energiesparpotenzial bei Strassenbeleuchtungen stimmen wir zu. Vom Finanzplan nehmen wir im ablehnenden Sinn Kenntnis.

Im Investitionsplan 2020 – 2025 werden ambitionöse Ziele gesetzt, die wir nach dem Investitionsstau der vergangenen Jahre begrüssen. Allerdings müssten zur Realisierung der verschiedenen Projekte nach unserer Einschätzung die Personalressourcen aufgestockt werden. Dies insbesondere in der Bauverwaltung, damit die Projekte adäquat begleitet werden können. Die Aufstockung um eine Stelle wurde bereits erwähnt, dies ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Die SP erwartet, dass die vorgesehenen Investitionen realisiert werden – denn das ist mehr als nötig. Allerdings ist es nicht damit getan, komplexe Aufträge an externe Büros zu vergeben. Eine Überwachung und Begleitung in Kenntnis der Gegebenheiten vor Ort sollte

eben durch die Bauverwaltung erfolgen.

Die Dichte an Investitionen ist die Folge der Vernachlässigung in den Vorjahren. Seien wir uns bewusst: Investieren heisst auch Schulden machen – Schulden, die sich innerhalb von 5 Jahren noch verdoppeln werden! Dabei dürfen wir uns nicht von der gut aussehenden Passivseite mit dem Eigenkapital darüber hinwegtäuschen lassen, dass schlicht zu wenig Cash vorhanden ist. Aufgrund tiefer Zinsen wird eine kurzfristige Finanzpolitik betrieben. Das rächt sich jetzt. Wie schon letztes Jahr erwähnt, gilt es mit den Finanzen nachhaltig umzugehen, wie dies auch in den Legislaturzielen steht.

Fazit: Wir erwarten, dass im nächsten Budget Schritte in Richtung Schuldenabbau ersichtlich sind, umso mehr als das Schuldenmachen vom Gemeinderat beschlossen wird. Konkret fordert die SP den Gemeinderat auf, einen Masterplan zum Schuldenabbau auszuarbeiten.

Vom Finanzplan nehmen wir im ablehnenden Sinn Kenntnis, auch wenn das formell nicht möglich ist. Nochmals: Wir erwarten, dass der Gemeinderat aufzeigt, wie man bzgl. Schulden die – Zitat – «erreichte Schmerzgrenze» wieder verlassen will. Dass man sich dieser Schmerzgrenze von CHF 50 Mio. nähert, ist Jahr um Jahr aufs Neue erwähnt worden, jedoch ohne, dass konkrete Massnahmen ersichtlich waren. Noch ein Wort zur Finanzinfoveranstaltung vom 01. Oktober: Wiederum haben wir wertvolle Informationen von Finanzverwalter Reto Rutschi erhalten. Vielen Dank dafür! Allerdings haben wir mit Erstaunen von einem Kulturwandel bzgl.

Kommunikation von Gemeinderatsdiskussionen Kenntnis genommen. Auf die Frage, warum nicht mehr Mittel für den Umweltbereich eingestellt worden seien, hiess uns der Gemeindepräsident, diese Frage Daniela Pedinelli zu stellen, die nach Aussage von Thomas Hanke ihrerseits dem Gemeinderat keine Anträge gestellt und der Gemeinderat in der Folge nichts blockiert habe. Wir sind gespannt, ob künftig weiterhin kommuniziert wird, welches Gemeinderatsmitglied welche Anträge gestellt oder eben nicht gestellt hat. Wie sich diese «Corporate Behaviour» mit dem Kollegialitätsprinzip verträgt und ob diese nur in Bezug auf bestimmte Gemeinderäte zur Anwendung kommt, lassen wir offen.

Matthias Gubler (FDP): Die FDP. Die Liberalen Muri-Gümligen setzen sich seit Jahrzehnten für nachhaltige, ausgewogene Finanzen unserer Gemeinde ein. Wir sorgen dafür, dass keine Steuern auf Vorrat unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger eingezogen werden und eine tiefe Steueranlage eingehalten werden kann. Wir sind der Auffassung, dass die Ausgaben für eine Kernaufgabe der Gemeinde wie öffentliche Sachen (Bildung, Strassen, Sicherheit, Soziales, Sport, Kultur, Freizeit aber auch Bau) eingesetzt werden sollen. Investitionen in nachhaltige Infrastruktur sind wichtig und im langfristigen Investitionsplan und eben in diesem Finanzplan enthalten. Wir wissen, dass Investitionen Ausgaben sind mit mehrjähriger Nutzungsdauer, welche diese erhalten bzw. erschaffen sollen. Der Gemeinderat kann Investitionsausgaben bis CHF 250'000.00 in eigener Kompetenz verfügen. Kosten über CHF 250'000.00 müssen vom Grossen Gemeinderat genehmigt werden. In der vergangenen Legislatur, aber auch für die Zukunft, sind grössere Investitionen vor allem in die Schulinfrastruktur und Strassen sowie die Sanierung der Gemeindeverwaltung geplant. Es handelt sich dabei um zwingende Investitionen. Trotz diesen hohen Investitionen in den nächsten 5 Jahren von insgesamt CHF 73 Mio. – was einen Durchschnitt von CHF 12,2 Mio. ausmacht – soll der Verschuldungsgrad im Rahmen bleiben. Ziel ist eine Reserve von 4 Steuerzehnteln. Eine deutliche Erhöhung dieser Investitionen gegenüber dem alten Investitionsplan 2019 – 2024 sind darauf zurückzuführen, dass die Kosten gestiegen sind, weil Sanierungen teurer werden und unter Einbezug nachhaltiger Energie kostentreibend sind. Wir stimmen aber diesem Investitionsplan zu.

Im Budget – wir haben es gehört – rechnet die Gemeinde mit einem Defizit von CHF 3,8 Mio.. Hauptursache ist eine Schätzung von tieferen Steuererträgen aufgrund der Corona-Pandemie. Es ist davon auszugehen, dass die Einkommenssteuern, aber auch die Gewinnsteuern von Unternehmen tiefer ausfallen werden, was die Steuerrechnung in der Gemeinde negativ beeinflusst. Zudem zahlt die Gemeinde – aufgrund der guten letztjährigen Ergebnisse – mehr in den Lastenausgleich. Das Budget sieht jetzt im 2021 erste grössere Investitionen in Schulhäuser der Gemeinde vor, und wir sehen keinen Anlass, den Steueransatz zu ändern. Die FDP dankt Reto Rutschi und seiner Equipe für die sauber ausgearbeiteten Unterlagen und nimmt auch das Budget so an. Den Finanzplan nehmen wir so zur Kenntnis. Wir sind der Auffassung, dass trotz dieser grossen Investitionen, über welche wir schon lange geredet haben, welche nun auch kommen, die finanzpolitischen Reserven beachtlich sind, wenn man die anderen Gemeinden rund um Bern anschaut, welche noch viel mehr bauen oder noch viel mehr Schulhäuser haben. Wir haben im Moment aktuell 8 Steuerzehntel, welche im Moment auf jeden Fall keine Steueranlageänderung notwendig machen.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Die forum-Fraktion dankt für die umfangreichen Unterlagen und für die Informationsveranstaltung, welche doch relativ lange gedauert hat und zu animierten Diskussionen geführt hat. Auf Seiten der forum-Fraktion möchten wir vor allem zwei Aspekte ansprechen: Das erste ist die Höhe der Investitionen und das zweite die Schulden Situation. Wir haben es gehört: Vor uns steht ein sehr ambitionierter Investitionsplan. Das forum hat sich immer dafür stark gemacht, dass wir anstehende Investitionen tätigen und nicht auf die lange Bank schieben. Dieser Haltung bleiben wir selbstverständlich auch jetzt treu. Allerdings sind wir schon der Meinung, dass die Massierung von grossen Investitionsprojekten auch Fragen und Gefahren aufwirft. Die Versicherung des Gemeinderats, dass dies eine wohlüberlegte Angelegenheit ist und dass vor allem unsere Personalressourcen dies stemmen mögen, beruhigt uns ein Stückchen weit. Wir sind aber der Meinung, dem muss man ein gutes Augenmerk widmen und ein gutes Monitoring machen, dass dort nicht irgendetwas aus dem Ruder läuft. Auch sind wir der Meinung, wenn wir nun schon die Situation haben, dass sich so viele grosse Bauprojekte massieren, müssten wir uns überlegen, ob wir nicht auch aus der Not eine Tugend machen können. Sprich, gibt es Möglichkeiten, diese Komplexität zu reduzieren, und allenfalls auch Synergien zu generieren zwischen diesen Bauprojekten, zum Beispiel indem man einen Generalunternehmer hat, welcher vielleicht für zwei Bauprojekte zuständig ist und mit der Gemeinde zusammenarbeitet. Auch im Hinblick auf den Realisierungsgrad der Investitionen ist natürlich das ambitionierte Ziel einerseits begrüssenswert aber potenziell ein Risiko. Von Seiten der forum-Fraktion sind wir in der Diskussion auch darauf gekommen, dass man sich vielleicht überlegen müsste, den Realisierungsgrad auf zweifache Art und Weise zu messen, sprich, nicht nur an den eigentlich geplanten Investitionen, sondern vielleicht auch an einem längerfristigen Mittel. Damit hätte man die Möglichkeit diese Prozentzahl etwas differenzierter darzustellen und vielleicht objektiver herzuleiten, wie gut die Gemeinde tatsächlich mit ihren Investitionsprojekten im laufenden Jahr unterwegs war.

Zur zweiten Frage der Schulden: Wir haben aktuell etwa CHF 40 Mio. Schulden. Diese kosten uns pro Jahr ungefähr CHF 300'000.00. Demgegenüber steht ein Finanzvermögen von gut CHF 50 Mio., welches pro Jahr gut CHF 2 Mio. Ertrag abwirft für die Gemeindekasse. Daher sind wir klar der Meinung, es wäre eine Dummheit, wenn wir dieses Finanzvermögen verkaufen würden, um damit unsere Schulden zu tilgen. Man muss die Sache aber auch noch umgekehrt anschauen. Diese CHF 40 Mio. stehen gegenüber einer Liquidität – welche wir pro Jahr ungefähr erwirtschaften – von CHF 4 Mio.. Sprich, wenn wir nun diese CHF 40 Mio. tatsächlich zurückzahlen möchten, weil irgendeinmal unser Umfeld sich ändert, der Zins und die

Wirtschaftslage anders aussieht – und seit Covid wissen wir, dass nichts unmöglich ist –, dann würde dies heissen, dass diese CHF 40 Mio. über mindestens 10 Jahre amortisiert werden müssten. Und da wir wissen, dass ein Investitionsstopp über 10 Jahre auf null gar nicht realistisch ist, ist auch dies nicht die richtige Zahl, sondern es wäre wohl eher ein Zeitraum von 30 bis 40 Jahren, welchen wir brauchen würden, um diese CHF 40 Mio. wieder abzubauen. Auf diesem Hintergrund ist die forum-Fraktion der Meinung, dass die Frage, welche der Gemeinderat erörtert hat, nämlich wie viele Schulden kann sich die Gemeinde Muri-Gümligen leisten, nur die zweitwichtigste Frage ist. Die wichtigste Frage ist, welche Art von Schulden haben wir da eigentlich in unseren Gemeindefinanzen? Es gibt einerseits strukturelle Schulden, wenn man längerfristig über seinen Verhältnissen lebt. Auch die forum-Fraktion ist in keiner Art und Weise dafür, dass wir Steuern auf Vorrat erheben. Wir sind aber auch der Meinung, wir sollten kein Leben auf Pump führen, und dies müssen wir wissen. Es gibt aber auch Schulden, welche z.B. zyklischer Natur sind. Weil wir einerseits eine Massierung von Investitionsprojekten in einem Zyklus haben, und dann folgt ein zweiter Zyklus, in welchem unterdurchschnittlich viel investiert wird. Eine dritte Kategorie sind konjunkturelle Schulden, wenn wir feststellen, dass die Wirtschaftslage schlecht ist und unsere Einnahmen tiefer sind – die Verschuldung steigt. Und wenn dann die Konjunktur wieder anzieht, kommen mehr Erträge in unsere Gemeindekasse und die Sache gleicht sich wieder aus. Wir sind der Meinung, wir müssen wissen, wo unsere Schulden herkommen und gekoppelt an dies auch wissen, wie wir diese wieder loswerden bzw. abbauen auf die ungefähr CHF 40 Mio., welche wir jetzt haben. In diesem Sinn stellen wir die Frage an den Gemeinderat, ob er bereit ist, in den nächsten paar Monaten die Grundlagen zu erarbeiten, damit wir hier im Rat eine bessere Vorstellung darüber haben, wie die Finanzen bzw. die Schulden abgebaut werden können, und wir wieder einen ausgeglichenen Finanzhaushalt haben. Ich nehme nicht an, dass jemand hier im Saal ist, welcher der Meinung ist, dass das amerikanische Modell mit immer weiter steigenden Schulden – auch wenn sie vielleicht tragbar sind – wirklich zukunftsfähig ist. Wir warten gespannt auf die Antwort des Gemeinderats auf diese Frage. Grundsätzlich steht die forum-Fraktion dem Investitionsplan, dem Budget und dem Finanzplan positiv gegenüber unter Vorbehalt der individuellen Anträge, welche noch zu diskutieren sind und in Erwartung der Antwort des Gemeinderats. Gerne darf ich hier noch präzisieren, dass der Antrag Budget, Investitionsplan zu den Strassenbeleuchtungen zurückgezogen worden ist und umgewandelt wurde in eine dringliche Motion, welche heute ebenfalls noch zur Sprache kommen wird.

Carole Klopstein (Grüne): Das vorliegende Budget ist das vierte Budget, welches wir als Grüne Fraktion diskutieren konnten. Für uns ist inzwischen klar, wir sind mit der Art und Weise, wie in unserer Gemeinde gewirtschaftet wird, nicht einverstanden. Das einzig Positive, welches wir den Vorlagen abgewinnen können, ist, dass es keine Sparmassnahmen gibt. Das vorliegende Budget und der Finanzplan weisen in unseren Augen so viele Mängel und Fehler auf, dass wir nicht um die Ablehnung herum kommen. Ich werde Euch gerne noch erläutern wieso: Wir haben bereits mehrmals kritisiert, dass wir die Haltung, sämtliche Aufgaben der Gemeinde sowie der Verwaltung auf Sparflamme zu betreiben, nicht unterstützen können. In den meisten Fällen wird die Initiative von Seiten der Gemeinde erst ergriffen, wenn eine Weisung von oben kommt oder ein Antrag aus dem Parlament. Das heisst nicht, dass wir den Leitspruch "Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit" nicht unterstützen. Wir möchten hier anmerken, dies ist nicht zuletzt der Grund, wieso wir nun mit so positiven Finanzen dastehen. Aber das Motto konsequent in allen Bereichen durchzudrücken, ist in nicht wenigen Fällen das Gegenteil von nachhaltig. Es gibt Bereiche, da funktioniert Eigenverantwortung nicht so wie gewünscht. Vor allem nicht, wenn es um sogenannte Common Goods geht. Damit sind Güter gemeint, wie Luft, Boden oder Wasser. In diesen Bereichen müssten die Gemeinde und ihre Verwaltung aktiver werden und von sich aus Probleme identifizieren und

angehen. Ein positives Beispiel – nicht genau aus diesem Bereich – ist in unseren Augen die geschaffene Stelle für Altersfragen, welche auf die demografischen Entwicklungen in unserer Gemeinde reagiert, und die Gemeinde die Initiative ergriffen hat, um hier gewisse Hilfestellungen für diese Bevölkerungsgruppe zur Verfügung zu stellen. Aber andere Themen immer in die Bringschuld des Parlaments zu schieben, finden wir zeitweilen doch sehr bequem und vor allem auch ziemlich unkreativ. In der Schweizerischen Bundesverfassung steht unter Art. 2, dass sich die Schweizerische Eidgenossenschaft – und ich verstehe damit auch die Institutionen, welche dort eingegliedert sind – für Chancengleichheit und für den Schutz unserer Lebensgrundlage einsetzen. Ersteres funktioniert in unserer Gemeinde unserer Meinung nach definitiv besser als zweiteres, obwohl es auch beim Thema Chancengleichheit sicher noch Luft nach oben hat. Gerade im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik tut sich viel zu wenig. Das Energiestadtlabel ist schön und gut. Es ist wirklich toll, was hier alles gemacht wird, aber hier fehlen nach wie vor griffige Massnahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien, den Schutz unserer Biodiversität oder die Senkung unseres relativ hohen Ressourcenverbrauchs. Es gibt so viele Baustellen, dass ich gar nicht vertieft darauf eingehen kann in diesem Votum. Und dass diese Probleme mehr als dringlich sind, dies sagen nicht wir als Partei, sondern die ganz grosse Mehrheit von allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Was uns am meisten stört an dieser Finanzpolitik, ist die Tatsache, dass sich "Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit" vor allem auf Nicht-Ausgaben bezieht. Dabei lässt sich das Prinzip genauso gut andersherum anwenden. Es ist manchmal viel sparsamer, wirtschaftlicher und nachhaltiger, bereits jetzt in energetische Sanierungen zu investieren, statt erst in 5 oder 10 Jahren. Wir möchten betonen, es geht hier um gewisse wohl überlegte Ausgaben in ganz bestimmten Problemfeldern, in welchen man mit relativ wenig Aufwand sehr viel herausholen kann. So auch die Massnahmen zum Schutz unserer Flora und Fauna; die Probleme, die wir heute angehen, lassen sich so morgen lösen, womit wir uns die Folgekosten sparen können. Es sind nicht die einzigen Beispiele, bei welchen wir die Überlegungen des Gemeinderats nicht nachvollziehen können. Jetzt mal abgesehen von den Technikalitäten des HRM2, welche teilweise auch sehr abstrakt sind, möchten wir einmal folgende Fragen in den Raum stellen:

- Dadurch, dass es kaum Ressourcen für zusätzliche Projekte gibt, müssen diese immer teuer extern eingekauft werden. Das kostet dann gerne auch mal ein Mehrfaches von dem, was es kosten würde, wenn das Knowhow intern aufgebaut würde. Aber dies wurde ja offensichtlich als Thema bereits aufgenommen, und wir freuen uns sehr und werden dies sicher auch voller Kraft unterstützen, wenn hier eine neue Stelle geschaffen wird, um diese Projekte zu begleiten.
- CHF 18'000.00 für Publibike ist offensichtlich grenzwertig, respektive es ist okay, aber mehr sicher nicht. Aber CHF 400'000.00 pro Jahr für Zinsen zu einem Zinssatz von notabene 0.5% – wer weiss, wie sich dies entwickeln wird in Zukunft –, dies ist nicht einmal ein Augenzwinkern wert. Das ist Geld, welches nie wieder zurückfliesst und auch anders investiert werden könnte. Wieso hier nicht mehr auf Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit geachtet wird, erschliesst sich uns nicht.

Und dann noch zwei allgemeine Anmerkungen zum Investitionsplan:

- Bei der Steuersenkung vor einem Jahr haben wir mit einem Finanz- und Investitionsplan von CHF 50 Mio. Schulden gerechnet. Nun sind es bereits CHF 80 Mio.. Wir haben als Parlament schon gewusst, dass hier noch Ausgaben kommen werden, aber es ist doch ziemlich fraglich, wieso dies damals nicht bereits kommuniziert wurde.
- Der Gemeinderat hat sich selber eine Schuldengrenze von CHF 50 Mio. gesteckt, und CHF 80 Mio. sind ganze 60% mehr davon. Gerade angesichts der Tatsache, dass wir jetzt ein paar sehr gute Jahre hatten, hinterlässt dies grosse Fragezeichen.

- Es wäre sehr angebracht gewesen, bei dieser Entwicklung noch einen konkreten Plan zum Schuldenabbau vorzulegen.

Das Einzige, womit wir wirklich einverstanden sind, ist der ambitionöse Investitionsplan. Wir wollen den Gemeinderat ermuntern, diesen im Rahmen gerechtfertigter Massnahmen so weit wie möglich umzusetzen in dieser Zeitfolge. Wir werden wie gesagt, dies voll unterstützen, wenn hier mehr personelle Ressourcen geschaffen werden sollten. Und Ihr seht hier auch unser Dilemma; wir wollen, dass diese Investitionen so bald wie möglich getätigt werden. Aber gleichzeitig lehnen wir die im Finanzplan vorgeschlagenen Punkte ab. Im Budget ist praktisch keine unserer bisherigen Kritiken aufgenommen oder umgesetzt worden, welche wir jeweils anmerken im Budget und in der Erfolgsrechnung. Wir erwarten hier nicht eine Lawinenentwicklung, aber es wäre doch schon einmal ein Anfang oder ein Zeichen, wenn man in gewissen Bereichen bewusst ein bisschen mehr gesprochen hätte, z.B. für einen Workshop für Hausbesitzer zur Renaturierung ihrer Gärten oder anderen Themen, welche wir vielfach bereits in Voten vorgeschlagen haben. Damit kommen wir zum Schluss, dass wir das Budget in dieser Form nicht befürworten können, weshalb wir es als Zeichen des Protests gegen diese Finanzpolitik ablehnen werden. Ich möchte betonen, dass es in unseren Augen ein historisch gewachsenes strukturelles Problem ist. Diese Ablehnung erfolgt nicht wegen des diesjährigen Defizits oder konkret wegen dem diesjährigen Budget, sondern viel mehr daher, dass wir unsere Anregungen und Kritikpunkte nicht wiedergespiegelt finden, und wir bereits Vorschläge gemacht haben, welche nicht aufgenommen wurden. Das Budget werden wir ablehnen und die anderen Anträge zur Kenntnis nehmen, soweit wir dies können.

Detailberatung Investitionsplan 2020 – 2025

Vorbericht S. 1 – 5

Keine Bemerkungen

Die Seiten mit den Zusammenzügen lasse ich weg; wir befinden uns somit direkt auf Seite 9.

Kapitel 0 Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen

Kapitel 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Keine Bemerkungen

Kapitel 2 Bildung

Hanna Beck (EVP): Ich habe eine Frage und eine Bitte an den Gemeinderat. Eine Frage wurde bereits beantwortet: Es geht nämlich darum, dass in den Jahren 2022 und 2023 sehr viele Investitionen in Bauten geplant sind. Wir haben bereits gehört, dass dort personelle Ressourcen aufgestockt werden, und ich hoffe, dass wir auch noch in der nächsten Sitzung detailliertere Lösungsansätze erhalten werden zu der Motion Realisierungsgrad von Investitionen. Meine Frage ist dahingehend, ob die Bedürfnisse der Schulraumplanung aus der Sitzung vom 26. März 2019 eingeflossen sind und so berücksichtigt werden in diesen Bauplanungen? Und ob auch Rücksicht genommen wird auf die aktuellen Geburtenzahlen, welche wir hier in der Gemeinde haben? Weiter wollte ich fragen, ob wir im Nachgang an diese Sitzung eine Timeline bekommen über die Planungs- und Realisierungsprojekte, und auch wo wir uns in diese Geschäfte einbringen können?

Thomas Hanke (GR): Zur Frage der Oberstufenzusammenlegung: Dort hat man versucht, was bis anhin beschlossen bzw. publiziert ist, in einen finanziellen Rahmen zu setzen. Dies sollte hier eigentlich gespiegelt sein. Zum zweiten: Jeder Kreditantrag oder jede Investition über CHF 250'000.00 muss ins Parlament. Und wir tun gut daran, Euch bei den ganz grossen Brocken nicht einfach ein pfannenfertiges Bauprojekt mit einem Preisschild vorzulegen, sondern Euch in diesen Prozess mit einzubeziehen. Wenn wir so weit sind, kommt dies ins Parlament.

Kapitel 3 Kultur, Sport und Freizeit

Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Soziale Sicherheit

Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Verkehr

Hanna Beck (EVP): Wie Ihr bereits merkt, durch meine formalen Unpässlichkeiten. Ich bin wahrscheinlich diejenige im Rat, welche am wenigsten versteht bei all diesen Zahlen und bei diesen vorliegenden Geschäften. Ich möchte aber trotzdem hier ein Votum abgeben und meine Gedanken erläutern, welche ich mir in diesem Antrag zur Budgetsenkung gemacht habe. Zwar finde ich persönlich, dass unsere Strassen sich in grossartigem Zustand befinden, und dies werden sie sicher auch bleiben, weil sie im Investitionsplan eine hohe Priorität erhalten. Ich finde aber, dass wir durch die Straffung dieses Budgets die Qualität der Sanierungen erhöhen könnten, indem wir noch einmal überlegen, was wirklich wichtig und sinnvoll ist, und nicht nach dem Motto fahren, dass wir vergoldete Strassen brauchen. Herr Rutschi hat mir bereits mitgeteilt, dass ich mich bei diesem Geschäft auf sehr dünnem Eis bewege. Vor zwei Jahren hat Urs K. Grütter auch gewagt, sich auf sehr dünnem Eis zu bewegen, als er sich über die Beleuchtung der Strassenlampen geäussert hat, und dies heute mit dem Erfolg, dass eine dringliche Motion in diesem Bereich vorliegt. Darum mein Antrag für eine Budgetreduktion für die Gesamtposition von CHF 2,4 Mio. um 10%, dies entspricht CHF 240'000.00. Diese 10% sind ein reiner Bauchentscheid, dies könnte sonst etwas sein. Ich weiss auch nicht, welche Auswirkung es hat, ob es 10%, 5% oder 20% sind. Es geht vielmehr darum, diesem Thema einen Schwerpunkt zu geben, da in diesem Bereich zu viel Geld investiert wird.

Thomas Hanke (GR): Der Gemeinderat müsste wissen, warum und vor allem bei welchen Positionen der Betrag um CHF 240'000.00 insgesamt gekürzt werden soll, damit er eine solche Kürzung auch umsetzen kann. Eine Kürzung bedingt einen Verzicht auf einzelne Vorhaben. Die Kosten, welche im Investitionsplan gespiegelt sind, sind seriös erhoben; wird das Geld dafür nicht gesprochen, so kann das entsprechende Projekt nicht ausgeführt werden (da ist keine «Luft» drin.)

Unsere vorgelegte Planung im Strassenbereich macht Sinn; einerseits wollen wir begonnene Projekte im 2021 abschliessen (sonst bleiben dort Baustellen / Provisorien), andererseits beginnen wir neue Projekte, welche wir nicht frei verschieben können, weil Dritte bauen. Bei einer Verschiebung dieser Projekte und der Reduktion von Investitionen in diesem Bereich um CHF 240'000.00 erhalten wir provisorisch instand gestellte Strassen mit verbleibendem Sanierungsbedarf in der Zukunft und schnellerer Alterung (beides führt bekanntlich zu Mehrkosten).

Soweit es sich um allein auszuführende Projekte handelt, können diese in die Zukunft verschoben werden, wobei der Unterhaltsbedarf bei alten Strassen überproportional ansteigt ("Hockey-Schläger-Kurve", sobald der Belag nicht mehr intakt ist, geht dann zusätzlich der Unterbau kaputt). In diesem Bereich kann nicht nachhaltig eingespart werden; es können bloss Ausgaben in die Zukunft verschoben werden, wo sie dann inkl. Mehrkosten anfallen.

Wir bauen ja keine neuen Strassen, sondern es geht um den Werterhalt des Verwaltungsvermögens gemäss unserem langfristigen Road Management. Und gewisse Ausgaben sind auch gebunden (Schloss- und Kirchenmauer), die fallen an, ob wir jetzt den Investitionsplan um 10% kürzen oder nicht. Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat Euch die Ablehnung dieses Antrags von Hanna Beck.

Beschluss (3 Ja / 27 Nein / 3 Enthaltungen)

Der Antrag Hanna Beck (EVP): Budgetreduktion für die Gesamtposition 6150 Gemeindestrassen von CHF 2,4 Mio. um 10% wird abgelehnt.

Kapitel 7 Umweltschutz und Raumordnung

Keine Bemerkungen

Detailberatung Budget, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2020 zuhanden der Stimmberechtigten

Rechnungslegungsgrundsätze, S. 1

Keine Bemerkungen

Erläuterungen, S. 1 – 4

Keine Bemerkungen

Ergebnisse, S. 5 – 9

Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung, S. 10

Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung, S. 11

Keine Bemerkungen

Eigenkapitalnachweis, S. 12 + 13

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 0 nach Funktionaler Gliederung ER (Allgemeine Verwaltung, S. 15 – 17)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 1 (Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung, S. 18 – 20)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 2 (Bildung, S. 21 – 25)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 3 (Kultur, Sport und Freizeit, S. 26 – 30)

Patricia Messerli (forum): Ich habe meinen Antrag bereits schriftlich eingereicht, aber ich werde hier noch kurz wiederholen, welche Änderung ich im Budget verlange. Und zwar betrifft dies Konto 3 (Budgetrubrik 3420.3151.01 – Unterhalt Geräte Spielplätze). Ich verlange, diese Budgetrubrik um CHF 4'600.00 auf CHF 7'900.00 zu erhöhen. Begründung: Man sieht, dass in den letzten Jahren immer mehr Geld

gebraucht wurde für den Unterhalt der Spielplätze, dies geht auch aus der Rechnung 2019 hervor. Für das vorliegende Budget sind insgesamt verteilt auf zwei Budgetrubriken CHF 12'000.00 vorgesehen. Wie man der Rechnung 2019 entnehmen kann, reicht dies nicht für den Unterhalt der Spielplätze. Die Spielplätze in unserer Gemeinde sind in einem relativ schlechten Zustand. Dies steht auch so im Entwurf des Spielplatzkonzeptes. Es ist ein schleichender Abbau und viele Unterhaltsarbeiten können nicht mehr vorgenommen werden. Solange dieses Spielplatzkonzept nicht verabschiedet wird, machen grössere Investitionen in Spielplätze keinen Sinn. Es ist zwar im Investitionsplan ein Kredit vorgesehen, aber gemäss Auskunft der Bauverwaltung gibt es noch kein konkretes Projekt, und ich denke, es macht auch nicht Sinn, dass man ein konkretes Projekt bereits ausarbeitet, bevor nicht das Spielplatzkonzept von uns verabschiedet oder zur Kenntnis genommen worden ist.

Als ich vor 17 Jahren nach Muri gezogen bin, hat man mir gesagt, dass es einfacher ist, neue Kontakte mit Menschen zu knüpfen, welche einen Hund haben und nicht, wenn man ein Baby hat. Ich habe nichts gegen Hunde, im Gegenteil. Ich finde es auch wichtig, dass es Hunde in unserer Gemeinde gibt. Wir geben relativ viel Geld für Hundetoiletten aus, wie man diesem Budget entnehmen kann. In der Budgetrubrik 7792 sind CHF 16'600.00 vorgesehen. Spielplätze sind wichtige Begegnungsorte für Kinder und Eltern, auch für Eltern mit Hund. Darum ist es sicher auch wichtig, wenn es dort Hundetoiletten gibt. Aber auf den Spielplätzen können die Eltern erste Kontakte mit anderen Eltern knüpfen, und auch die Kinder können sich gegenseitig kennenlernen. Deshalb finde ich es wichtig, dass wir hier ein klares Signal setzen, dass uns Spielplätze genauso wichtig sind wie Hundetoiletten. Und ich finde, wir könnten diesen Budgetposten hier auf die gleiche Höhe ansetzen, wie den Betrag für die Hundetoiletten. Im Vergleich ist ersichtlich, dass wir z.B. für Parkanlagen oder Wanderwege auch relativ viel Geld im Budget aufnehmen. Wenn wir nächstes Jahr hoffentlich das Spielplatzkonzept diskutieren werden, können wir uns dann auch überlegen, in welche bestehenden Spielplätze wir investieren wollen, und dann kann vielleicht auch der Unterhalt für die Spielplätze wieder gesenkt werden. In diesem Sinne bitte ich Euch, meinem Antrag zuzustimmen.

Barbara Künzi (GR): Ich habe Verständnis für Deinen Antrag. Allerdings geistert es einfach umher, dass diese Spielplätze nicht gut unterhalten sind. Dazu möchte ich ein paar Bemerkungen machen und dann auch mitteilen, wieso wir nicht dafür sind, diesen Budgetposten zu erhöhen. Wir haben vor mehr als einem Jahr dieses Spielplatzkonzept angefangen. Daneben haben wir aber nicht den Unterhalt vernachlässigt. Der Unterhalt wird vom Werkhof gemacht, dies ist das erste Konto. Wenn ein Spielturn abgebaut werden muss und ein neuer aufgebaut, dann macht dies der Werkhof. Über das andere Konto läuft dann diese Anschaffung. Dass dies von Jahr zu Jahr verschieden ist, weil diese Geräte eigentlich auch – wenn sie neu sind – lange halten, ist auch klar. Wir haben Erfahrungswerte, wie viele Spielgeräte wir pro Jahr ersetzen müssen, und auf diesen Erfahrungswerten basieren diese Budgetzahlen. Was ich aber auch noch mitteilen möchte: Es ist nicht nur geplant, was im Budget steht, sondern wir haben im Investitionsplan diverse Projekte, in welchen die Spielplätze und die Umgebung auch inbegriffen sind. Ich kann dazu auf das Moos verweisen: Wir haben dort einen Investitionskredit geplant, mit welchem wir die Umgebung und weiteres in Angriff nehmen werden. Dieser Investitionsantrag wird selbstverständlich in den Grossen Gemeinderat kommen. Weiter haben wir im Schulhaus Dorf auch eine Planung, welche in den Gemeinderat kommen wird. Wir werden dort die ganze Umgebung mit dem Spielplatz sanieren. Dies heisst also, wenn wir es über diesen Investitionskredit nehmen können, dann brauchen wir eigentlich auch das Budget nicht, weil dort dann neue Geräte über den Investitionskredit abgerechnet werden. Dito Horbern, dito Melchenbühl und wie ich bereits erwähnt habe im Moos. Doch wir haben noch etwas Drittes: Wir haben nämlich einen Investitionsposten im Investitionsplan von CHF 60'000.00 alle zwei Jahre. Dies hat

man damals so gemacht, weil wir in den Investitionsplan nur Investitionen über CHF 50'000.00 einsetzen können. Dies sollte verteilt werden auf zwei Jahre. Dies heisst also, pro Jahr können wir CHF 30'000.00 investieren in irgendwelche Spielplätze, abgesehen von den Projekten, welche laufen. Für mich ist es nicht so sinnvoll, jetzt hineinzuschiessen mit einer Budgeterhöhung. Wir werden das Spielplatzkonzept am kommenden Montag im Gemeinderat beraten. Da gibt es viele Ideen, welche gekommen sind. Nun muss der Gemeinderat spiegeln, welche Massnahmen wir treffen wollen. Ich möchte diese Diskussion im Gemeinderat eigentlich auch nicht hier jetzt schon vorausnehmen. Die Ideen, welche ich habe, kommen in den Gemeinderat. Wenn wir sehen, in welche Richtung es geht, wird dies natürlich selbstverständlich kommuniziert. Insofern sehe ich, dass wir im nächsten Jahr bei den Spielplätzen sicher eine andere Budgetierung machen, deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass diese kleine Budgeterhöhung hier abgelehnt werden sollte.

Emanuel Zloczower (FDP): Ich möchte hier nicht über Hundetoiletten sprechen und selbstverständlich bin ich auch nicht gegen Kinderspielplätze, ganz im Gegenteil, diese sind wichtig und sollen unterhalten und gepflegt werden. Wir nehmen den Gemeinderat auch beim Wort, dass in die Spielplätze investiert werden soll. Aber bei einem Budget von mehr als CHF 80 Mio. über einen Budgetposten von CHF 4'500.00 zu diskutieren, ist ehrlich gesagt nicht stufengerecht. Ich finde, dafür sind wir nicht da. Darum noch einmal, wir sind nicht gegen die Spielplätze – ich bin nicht gegen die Spielplätze. Ich werde diesen Antrag aber ablehnen, weil es schlicht nicht stufengerecht ist, hier über dies zu diskutieren.

Raphael Racine (SP): Ich möchte gar nicht lange darauf eingehen. Ich finde es eben nicht, dass es nicht stufengerecht ist – ich hoffe, dies war ein logischer Satz. Ich bin der Meinung, es ist bedenklich, dass wir um so kleine Beträge überhaupt kämpfen müssen. Ich würde mit Dir einig gehen, es sollte eben nicht um ein paar Tausend Franken gehen, über welche wir diskutieren, sondern ich würde viel radikaler dreimal – viermal erhöhen. Um dies noch einmal zu betonen, wir haben ein Spielplatzproblem. Es ist kürzlich auch in der BZ ein Artikel darüber erschienen "Muri-Gümli-Gen hat ein Spielplatzproblem". Ich kann dies einfach aus Fronterfahrung – ich habe dies schon einmal diskutiert – bestätigen. Ich bin viel auf Spielplätzen, und ich bin viel auf Spielplätzen, welche nicht hier in der Gemeinde sind, weil sie einfach nicht so gut sind. Zum Unterhalt: Natürlich ist es sehr subjektiv, was ich empfinde mit meinen Jungs, wenn ich auf die Spielplätze gehe. Aber es ist gerade ein bisschen wie der historische Spruch "Und Karthago soll einmal zerstört werden" – diese Rutschbahn am Meisenweg sollte doch wieder einmal montiert werden. Ich begreife einfach nicht, warum dort seit eineinhalb Jahren ein Loch ist. Deshalb ist es absolut das Mindeste, dass nun diese CHF 4'000.00 – 5'000.00 erhöht werden sollen. Sonst ist dies für mich einfach ein klares Signal, dass ausser Links, Grün, Mitte, sprich, die Bürgerlichen null Priorität haben für Spielplätze. Es geht hier vielleicht auch ein wenig um Symbolik. Aber Ihr habt einfach null Priorität. Es spielt Euch keine Rolle, Ihr wollt Steuern senken und Hochhäuser bauen, aber sicher nicht Spielplätze sanieren.

Emanuel Zloczower (FDP): Richtige Rededuelle – ich möchte dies, Raphael, nicht ganz unwidersprochen lassen. Es geht hier lediglich um Aufmerksamkeit, es geht hier lediglich um Wahlpropaganda. Ich weiss nicht, wie meine Kollegen entscheiden werden. Ich werde es weiterhin ablehnen, nicht, weil es mir nur um Steuersenkungen geht, aber es geht mir darum, dass wir hier nicht über CHF 4'500.00 reden. Es wird am Montag – wir haben es gehört – im Gemeinderat über ein Spielplatzkonzept diskutiert. Dort werden wir uns einbringen müssen, dort werden wir dann bei diesem Konzept sagen müssen, was wir wollen, aber nicht bei einer Budgetdiskussion. Ich wiederhole es, die Verhältnisse CHF 80 Mio. gegenüber CHF 4'500.00.

Patricia Messerli (forum): Ich möchte doch noch etwas klarstellen. Dies ist nicht Wahlpropaganda. Im Frühling war das Spielplatzkonzept in der Vernehmlassung, und wir haben erst dort erfahren, dass das Budget für die Spielplätze im Jahr 2012 um die Hälfte reduziert worden ist. Darum haben wir gesagt, dies ist die einzige Möglichkeit, uns bei der nächsten Budgetdebatte einzubringen, damit dieses Budget wieder erhöht wird auf den Betrag, auf welchem es bis 2012 einmal war. Dies ist jetzt zufällig, dass es eine Woche vor den Wahlen kommt. Ich bin ganz sicher, wenn wir danach beim Spielplatzkonzept diese Forderung einbringen würden, dann würde es heissen: Nein, dies kann man nicht in diesem Rahmen einbringen, dies müsst ihr beim nächsten Budget einbringen, dies ist der falsche Ort. Darum hatte ich den Eindruck, wenn man es einbringen möchte, dann hier. Es ist ein kleines Zeichen, es ist effektiv nicht viel Geld. Ich habe mir auch überlegt, ob ich mehr verlangen soll, aber ich habe gewusst, dass mehr Geld wahrscheinlich auch nichts bringt, wie Barbara gesagt hat. Es geht genau um so kleine Sachen. Man hat nun wahrscheinlich nicht einmal das Geld, eine Rutschbahn zu erneuern. Und weil die Werkeigentümerhaftung der Gemeinde vorliegt, muss man halt einfach abbauen und ersetzt sie danach nicht mehr. Dies stört mich.

Patrick Rösli (forum): Ich möchte mein Verständnis einer Budgetdiskussion – nach diesen Jahren, in welchen ich hier bin – auch kurz darlegen. Den Verweis auf den Gemeinderat und seine Sitzung ist mir ehrlich gesagt nicht so wichtig. Das Budget ist Steuergeld. Ich bin hier Vertreter der steuerzahlenden Menschen, und ich behandle in ihrem Sinne das Budget und setze Akzente, wenn ich sehe, dass es der Steuerzahlerin oder dem Steuerzahler, oder den Bürgerinnen oder Bürgern etwas bringt. Der Gemeinderat führt aus, was wir hier sagen. Wir setzen die Akzente im Budget und nicht der Gemeinderat.

Barbara Künzi (GR): Raphael, wenn Du diese Rutschbahn am Meisenweg möchtest, dann werden wir diese wieder installieren. Es ist gewünscht worden, dass diese weggommt, und dass man dort einen naturnahen Spielplatz macht. Wir sind noch nicht so weit, doch wenn dies wieder ein 08/15 Spielplatz geben soll, dann kann dies so im Spielplatzkonzept kommuniziert werden. Doch ich finde es übertrieben, diesen Betrag nun zu erhöhen. Ihr könnt versichert sein, dass wir den Unterhalt gewährleisten, und wir uns sehr intensiv mit diesem Spielplatzkonzept auseinandersetzen werden. Deshalb liessen wir dieses Konzept machen, wobei ich ganz ehrlich gesagt auch nicht mit allen Teilen davon glücklich bin. Darum sollte dies am Montag diskutiert werden, und es besteht immer noch die Möglichkeit, dass Ihr Euch via politische Vorstösse danach Extrawünsche erfüllen lassen könnt bezüglich Spielplätze.

Beschluss (14 Ja / 17 Nein / 2 Enthaltungen)

Der Antrag Patricia Messerli (forum): Die Budgetrubrik 3420.3151.01 (Unterhalt Geräte Spielplätze) sei um CHF 4'600.00 auf CHF 7'900.00 zu erhöhen, wird abgelehnt.

Detailaufstellung Konto 4 (Gesundheit, S. 31)
Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 5 (Soziale Sicherheit, S. 32 – 37)

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Anne-Claude hat in diesen Dokumenten, welche wir nun diskutieren, ihre Spuren hinterlassen, einerseits im Investitionsplan mit dem Ersatz der Asylunterkünfte. Eine Zahl im Budget, welche sie ganz sicher bemerkt hätte, ist, dass wir als Gemeinde Muri-Gümligen im Asylwesen einen Nettoertrag haben von ungefähr CHF 80'000.00 pro Jahr. Ich vermute, dass dies ein Kuriosum ist, und deshalb erlaube ich mir heute, dies hier einfach in den Raum zu stellen, dass wir als Gemeinde hier in einer relativ speziellen Situation sind, als kleiner Abschied auch an Anne-Claude.

Detailaufstellung im Konto 6 (Verkehr, S. 38 – 40)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 7 (Umweltschutz und Raumordnung, S. 41 – 43)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 8 (Volkswirtschaft, S. 44)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 9 (Finanzen und Steuern, S. 45 bis 47)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 3 nach Sachgruppengliederung Erfolgsrechnung (Aufwand, S. 48 bis 51)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 4 (Ertrag, S. 52 bis 54)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung im Konto 9 (Abschlusskonten, S. 55)

Keine Bemerkungen

Detailaufstellung aller neun Konten Funktionale Gliederung IR (S. 56 bis 60)

Keine Bemerkungen

Budget Feuerwehr Allmendingen - Muri-Gümligen (AMG) 2021 (S. 61)

Keine Bemerkungen

Detailberatung Finanzplan 2020 – 2025Vorbericht (S. 1 bis 8)

Keine Bemerkungen

Wichtigste Ergebnisse (S. 9)

Keine Bemerkungen

Zusammenzug der Erfolgsrechnung (S. 10)

Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung nach Sachgruppen (S. 11)

Keine Bemerkungen

Planbilanz (S. 12)

Keine Bemerkungen

Weitere Wortmeldungen

K. Urs Grütter (SVP): Unsere Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats folgen und die vorgelegten Geschäfte annehmen. Ich hätte dies auch in der Fraktionserklärung mitteilen können, habe aber darauf verzichtet und gedacht, ich möchte zuerst einmal ein wenig zuhören, was da so gesagt wird. Man kann nun nicht einfach das Personal aufstocken. Eine Stelle kostet ca. CHF 150'000.00, doch gleichzeitig möchte man Schulden abbauen. Man möchte Investitionen machen, den Investitionsplan vollziehen zu möglichst 100%, aber man möchte keine Schulden aufnehmen. Man möchte den Investitionsplan genehmigen, aber das Budget ablehnen. Man möchte kein amerikanisches Modell haben, also das Modell ist nicht das amerikanische, sondern dies hat angefangen vor etwa 40 Jahren in Japan mit der Hochverschuldung und tieferen Zinsen. Es wurde danach zum europäischen Modell, welches zwecks Zusammenhalt der Euro-Gruppe den wirtschaftsschwachen südlichen Ländern verwehrt hat, mit Abwertungen konkurrenzfähig zu bleiben, zum billigen Geld übergegangen ist, und dadurch die Zentralbank unbegrenzt Schulden der Länder übernommen hat, resp. diese Kredite gesprochen hat. Die Amerikaner haben in den letzten 5, 6, 7 Jahren begonnen, es nachzumachen. Schmerzgrenze der Schulden: Ich bin zum Glück oder zum Pech in den anfangs 90er Jahren bereits in die Finanzkommission gewählt worden, und damals haben wir diese Eckwerte ausgiebig diskutiert und festgelegt. Und wir haben diese CHF 50 Mio. Schulden – oder damals zuerst noch CHF 40 Mio. – festgelegt als Tragbarkeitsüberlegung. Damals hatten wir die Situation, dass wir von der Gemeinde aus um die 5% rechnen mussten bei der Verzinsung, und wir waren privat zum Teil auf über 8%. Dies war das Zinsumfeld, in welchem man die CHF 50 Mio. Schuldengrenze definiert hat. Heute, wenn man mit den gleichen Überlegungen eine Obergrenze definieren möchte, wären wir in diesem Fall bei etwa CHF 200 Mio. und nicht bei CHF 50 Mio., weil der Zins auf weniger als einen Viertel gefallen ist. In diesem Sinne – wenn man das Gesamtbild anschaut und nicht einzelne Rutschbahnen auf den Spielplätzen – ist wahrscheinlich dieser vorgelegte Investitionsplan und das vorgelegte Budget gar nicht so schlecht. Und auch in der Finanzkommission fanden wir, dies sei wahrscheinlich nicht nur der politisch mögliche Konsens, sondern auch ein Stück weit ein vernünftiger Konsens. Deshalb bitte ich Euch, den Anträgen des Gemeinderats zuzustimmen.

Das Schlusswort wird weder von Raphael Racine (GPK) noch von Thomas Hanke (GR) verlangt.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Wir haben im Rahmen unserer Fraktionserklärung eine Frage gestellt und wären froh, wenn der Gemeinderat diese beantworten könnte, damit wir uns schlau machen können, wie wir den Anträgen des Gemeinderats entgegentreten wollen im Abstimmungsprozedere. Deshalb unsere Frage: Ob der Gemeinderat bereit wäre in den nächsten Monaten unsere Schuldenentwicklung zu analysieren und uns mitzuteilen, wie er längerfristig die Schuldenentwicklung sieht und wie diese Schulden abgebaut werden könnten? Und ob er der Meinung ist, er könnte diese Anfrage entgegennehmen oder ob hier etwas dagegen spricht?

Thomas Hanke (GR): Ich verweise auf mein einleitendes Votum, in welchem ich etwas gesagt habe zu den Schulden, welche aufgrund der anstehenden Grossinvestitionen ansteigen werden. Ich habe letztlich gesagt, so wird es dann die Aufgabe des Gemeinderats sein, im Rahmen der Legislaturplanung 2021 – 2024 in der neuen Zusammensetzung dem Parlament eine Antwort auf die Frage, wie viele Schulden sich Muri leisten kann und soll, zu geben, und dies auch im Spannungsfeld mit seiner geltenden Legislaturvorgabe "Keine Steuern auf Vorrat zu

erheben".

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Ich habe die einleitenden Worte sehr wohl verstanden. Wenn ich es richtig verstehe, sagst Du, wie viele Schulden für uns als Gemeinde tragbar sind. Und unsere Frage ist eigentlich nicht, wie viele Schulden sind tragbar – dies ist eine Überlegung –, sondern unsere Frage ist, wie werden sich diese Schulden in Zukunft entwickeln? Wir möchten eigentlich wissen, in welche Richtung der Gemeinderat die Entwicklung dieser Schulden sieht? Und nicht unbedingt, was tragbar ist, denn dies sind zwei verschiedene Paar Schuhe aus unserer Sicht. Wenn ich schon hier stehe, bezüglich dem Mikrofon desinifizieren und so, wären wir anschliessend froh, wenn wir ein kurzes Time Out haben könnten, bevor wir zur Abstimmung schreiten werden.

Thomas Hanke (GR): In den jetzigen Legislaturzielen haben wir die Vorgabe nicht mehr als CHF 50 Mio. Schulden. Wir werden Ende Jahr nicht mehr als CHF 40 Mio. Schulden haben. Wir werden keine Steuern auf Vorrat haben, und wir machen adäquate Investitionspolitik – kurz zusammengefasst. Der Gemeinderat in neuer Zusammensetzung wird seine Legislaturziele auch im Finanzbereich definieren und dort auch definieren, wo er welche Schulden sieht, und wenn wir darüber sind, wo er den Abbau sehen wird. Die Legislaturziele mit Massnahmen gehen ans Parlament zur Verabschiedung. Damit ist eigentlich klar, wann Ihr Euch einbringen könnt und dann dort auch sagen könnt, ob es genügend ist, ungenügend, ob wir an alles gedacht haben oder zu wenig oder zu viel, oder wie auch immer.

5 Minuten Time Out.

Kein Rückkommen.

Die Beratung ist damit abgeschlossen.

Beschluss

A) Der Investitionsplan 2020 – 2025 wird einstimmig genehmigt (30 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen). *Anmerkung: 3 Personen waren im Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Plenum.*

B) Budget 2021 (28 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltung)

1. Genehmigung der Steueranlagen für das Jahr 2021 (unverändert):
 - Ordentliche Steueranlage: Das 1,14-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - Liegenschaftssteuern: 0,7 ‰ der amtlichen Werte;
2. Genehmigung der Feuerwehropflichtersatzabgabe mit 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 100.00, maximal CHF 450.00 (unverändert);
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden im Budget 2021 insgesamt maximal 1,0 % zur Verfügung gestellt.
4. Das Budget 2021 wird genehmigt bestehend aus:

Aufwand Gesamthaushalt	CHF	83'900'600
Ertrag Gesamthaushalt	CHF	80'057'100
Aufwandüberschuss Gesamthaushalt	CHF	- 3'843'500
davon Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF	80'196'000
Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF	76'311'600
Aufwandüberschuss Allgemeiner Haushalt	CHF	- 3'884'400
Aufwand Abfall	CHF	1'943'900
Ertrag Abfall	CHF	1'944'500
Ertragsüberschuss Abfall	CHF	600
Aufwand Kindertagesstätten	CHF	1'760'700
Ertrag Kindertagesstätten	CHF	1'801'000
Ertragsüberschuss Kindertagesstätten	CHF	40'300

C) Der Finanzplan 2020 – 2025 wird zur Kenntnis genommen.

6. Motion forum: Erneuerung des Aare-Uferschutzplans

Für den Gemeinderat spricht Thomas Hanke: Ich spreche gegenüber Bernhard Häuselmann eine Entschuldigung aus, dass wir diese Motion abweisen, obschon wir inhaltlich eigentlich der gleichen Meinung sind. Wenn diese Motion im März hätte eingereicht werden können, hätten wir sagen können, es läuft. Bis wir es nun behandeln konnten, sind wir auch aus unseren Gesprächen, welche wir mit kantonalen Behörden geführt haben, namentlich betr. dem Moratorium für den Uferweg, bereits ein wenig weiter. Und weil die Vorgabe im Antrag so strikte ist, führt dies zu einer Abweisung formeller Natur in der Motion, doch wir sind dabei, im Sinne und Geist, wie Du es beantragt hast.

Als Erstunterzeichner spricht Bernhard Häuselmann (forum): Zuerst einmal möchte ich dreimal danken: Herzlichen Dank für die Stellungnahme zur Motion, herzlichen Dank für den Beschluss, welchen Ihr bereits gefällt habt für einen neuen Uferschutzplan und auch herzlichen Dank für die Mandatierung eines Planungsbüros, welche bereits erfolgt ist. Thomas hat erwähnt, die zeitliche Abfolge hat nicht mehr ganz geklappt. Doch ich glaube, so sind wir grundsätzlich gut unterwegs. Noch eine kurze Ausführung: Bekanntlich ist die Aare ja trotz ihrem kalten Wasser eine Quelle heisser Emotionen in der Gemeinde. Es ist jetzt der

richtige Zeitpunkt, dass die Gemeinde nach dem versandeten Grossprojekt "Aarewasser" des Kantons sich nun wieder eigenständig in die Planung ihres Aareanstosses einbringt. Natürlich bestehen Abhängigkeiten zu Bund und Kanton, welche man selbstverständlich respektieren muss. Weder mit fundamentalen Ansichten noch einer exakt buchstabengetreuen Durchsetzung der Gesetze sind die verschiedenen Ansprüche an die Aarelandschaft zu lösen. Ich denke, der neue Uferschutzplan soll unter anderem auch für das Miteinander von Natur und Mensch sorgen und einen Beitrag leisten, dass nun zwischen Bund, Kanton und Gemeinde und Weiteren – wie vielleicht dem Wasserverbund, welchem wir kürzlich beigetreten sind, oder dem Berner Fischereiverband –, mit Augenmass ausbalancierte, lokale Lösungen für unsere Aarelandschaft auf unserem Gemeindegebiet ausgehandelt werden können. In Absprache mit der Gemeindeverwaltung habe ich im Frühling diesen Uferschutzplan mit der Ortsplanung gekoppelt. Wir haben damals eigentlich gedacht, wir würden damit elegant Synergien nutzen. Nun haben wir eine neue Ausgangslage in der Ortsplanung und deshalb liegt der Gemeinderat sicher richtig, dass wir mit dem Uferschutzplan separat vorwärts machen. Thomas hat ebenfalls schon erwähnt, im 2022 läuft ein 5-Jahres-Moratorium für den Aareweg zum Muribad schon wieder ab. Es ist also auch darum richtig und wichtig, dass der neue Uferschutzplan nicht erst in einer unbestimmten Zukunft fertig wird, sondern dann müssen wir wissen, was wir dort wollen. Die weitere Planung, habe ich mir sagen lassen, sieht vor, dass der Uferschutzplan zuerst in die Umweltkommission geht, danach sollen Workshops stattfinden mit der Beteiligung der Parteien. Und anschliessend kommt noch die öffentliche Mitwirkung. In das Parlament soll der Uferschutzplan dann erst wieder mit der Planaufgabe kommen. Wenn wir im ganzen Prozess, welchen dieser Uferschutzplan nun durchläuft, immer im Auge behalten, wie lieb und nahe dieses Thema Aare allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde ist, dann braucht es vielleicht auch keine weiteren Petitionen mehr. Da wären sicher die 3'700 Petitionäre seinerzeit froh, und wir alle hier auch. Ich denke, wenn dies der Gemeinderat auch so sieht, dann kann ich gut mit der Abweisung dieser Motion leben.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Raphael Racine (SP): Die SP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats und wird diese Motion ebenfalls ablehnen. Es wurde bereits von Thomas Hanke gesagt, wir denken, diese Motion rennt offene Türen ein, und dass der Uferschutzplan schon plus minus im Sinne der Motion überarbeitet wird. Nichts destotrotz, diese Thematik, dies hat auch Bernhard erwähnt, ist hoch emotional, und wir werden die Realisierung der einzelnen Schritte genaustens mitverfolgen.

Das Schlusswort wird weder von Thomas Hanke (GR) noch von Bernhard Häuselmann (forum) verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss (32 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltungen)

Die Überweisung der Motion forum: Erneuerung des Aare-Uferschutzplans wird abgelehnt.

7. **Motion Brenni (Grüne): Für ein sofortiges Moratorium von 5G auf dem gesamten Gemeindeboden**

Barbara Künzi verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Gino Brenni (Grüne): Das Allerwichtigste vorneweg: Ich weiss, meine Motion wird keine Chance haben, da ein Moratorium wohl tatsächlich rechtlich nicht umsetzbar wäre. Dennoch könnte man, wie einzelne Gemeinden vorgemacht haben, in der Bau- und Zonenordnung wirksam werden, um sinnvolle Beschränkungen im Antennenausbau festzulegen. Dazu gleich mehr.

Ich weiss, es ist nicht populär, sich gegen den aus meiner Sicht völlig überstürzten, intransparenten und das Vorsorgeprinzip missachtenden Ausbau der 5G-Technologie auszusprechen. Ich nehme Euch kurz mit auf einen Exkurs zum Thema Verschwörungstheorien.

Die wenigen verbliebenen kritischen Stimmen in Sachen 5G müssen sich häufig dagegen wehren, pauschal in einen Topf mit "kruden Verschwörungstheoretikern" und weiteren diskreditierten Gruppen geworfen zu werden. Dabei bewirken die Unkenrufe und Herabwürdigungen vor allem eins: Eine der tragenden Säulen jeder gesunden Demokratie, der lebendige Diskurs, wird untergraben und jegliche Kritik unmöglich gemacht. Ich weiss, dass ich aufgrund meines kritischen Geistes anecke, sogar in der eigenen Partei, weshalb ich im Sommer bei den Grünen ausgetreten bin. Leute legen mir Bücher ans Herz, in welchen pauschal jede Verschwörungstheorie mit jeder anderen vermischt und gleichgestellt wird und danach vermeintlich simpel aufgelöst wird. Da, schaut her! Der dumme Aluhut! Meint, er weiss es besser als alle Experten! Zum Glück gibt es auch andere, unerschrockene Forscher. Dieses Buch hier behandelt die Anschläge vom 11. September und widerlegt so einiges, was man dem Aluhut hier unterstellt. Doch ich schweife ab. Ich wollte damit nur zeigen, dass durch gezielte Diskreditierung einzelner Personen Denkverbote errichtet werden, die jedem demokratischen Diskurs zuwiderlaufen.

Zurück zum eigentlichen Thema: Der Gemeinderat macht geltend, dass es nicht in den Kompetenzbereich der Gemeinden falle, über 5G-Baurechtsvorhaben zu bestimmen, sofern die Antenne nicht gegen die geltenden Baurechtsvorschriften verstosse, oder die "rechnerischen Prognosen die Grenzwerte der Verordnung vom 23. Dezember 1999 über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung" überschreiten.

Doch genau bei diesen rechnerischen Prognosen fängt das Ganze ja bereits an: Es gibt nämlich schlicht und ergreifend noch gar kein wissenschaftlich geprüftes Messverfahren für die neu geltenden Strahlungsmittelwerte in der NISV! Die 5G-Sender nutzen eine andere Sendetechnologie, die eben nicht mit 4G und den Vorgängern verglichen werden kann und somit auch ein anderes Messkonzept benötigen!

Spannend, nicht? Wie könnten die Mobilfunkbetreiber je für Schäden haftbar gemacht werden, wenn gar nicht klar gemessen werden kann, wie viel denn nun eine Sendeanlage emittiert und zu welchen Zeiten?

Ich möchte nur noch einmal in Erinnerung rufen, was ich schon vor der Dringlichkeitsabstimmung vor einigen Monaten erwähnt habe: Es gibt Gemeinden, die die 5G-Problematik angegangen sind und eine hat sogar vor Bundesgericht Recht bekommen: Die Stimmberechtigten der Gemeinde Turbenthal genehmigten an der Gemeindeversammlung im Februar 2014 den Artikel 39 "Antennenanlagen" in der Bau- und Zonenordnung (BZO). Dieser legt unter anderem fest, unter welchen Bedingungen und zu welchem Zweck, eine Antenne wo aufgestellt werden darf. So soll beispielsweise das Stadt- bzw. Dorfbild nicht zerstört werden, auch nicht Natur- und Heimatschutzobjekte, aber dennoch die Quartiersversorgung gewährleistet werden können. Wie dies im Detail geht, könnt Ihr in diesem Artikel

nachlesen. Die drei grossen Mobilfunkanbieter Salt, Sunrise und Swisscom wehrten sich bis vor Bundesgericht dagegen, mussten im Januar 2019 jedoch dessen Entscheid respektieren, dass der Artikel 39 legitim und rechtens ist.

Somit lieber Gemeinderat, frage ich Euch: Wie kann der Gemeinderat glaubhaft erklären, dass er die Bürger von Muri-Gümligen *aufgrund fehlender Befugnisse* nicht gegen potentiell gesundheits- und umweltschädliche Strahlung schützen kann, wenn doch das Bundesgericht einen anderslautenden, wegweisenden Entscheid getroffen hat? Warum stört es den Gemeinderat nicht, dass er zu einem solch wichtigen Thema nichts zu sagen haben soll?

Oder möchte sich der Gemeinderat einfach nicht den mächtigen Konzernen und deren Lobbyisten in den Weg stellen? In gewohnt bürgerlich-konzernhöriger Manier? Haben wir ja alles schon gehabt in zurückliegenden und noch bevorstehenden schweizweiten Abstimmungen. Hallo Konzernverantwortungsinitiative!

Zurück zum Thema: Obwohl ein Moratorium auch aus Sicht des Natur- und Vogelschutzvereins Sinn machen würde, werde ich hier wohl niemanden überzeugen können. Schade um eine verpasste Chance, unsere Lebewesen vor noch mehr Umweltstress zu schützen!

Danke für eure Aufmerksamkeit, Ihr müsst mich nun bald nicht mehr ertragen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Eva Schmid (SP): Die SP-Fraktion kann diesem Vorstoss nicht zustimmen und zwar einfach aus der Grundsatzüberlegung, in welcher ausgeführt worden ist, dass die Kompetenz nicht vorliegt, um auf Gemeindegebiet 5G-Technologie zu verbieten oder mit einem Moratorium zu belegen. Wir gehen sicher in einem Punkt mit dem Motionär einig und dies ist, dass das Vorsorgeprinzip wichtig ist und dies zeigen ja verschiedene andere Fälle aus anderen Bereichen, aber hierfür sind primär Bundesbehörden zuständig und auch gefordert. Für uns sind strahlensensible Menschen ganz sicher keine Hypochonder, dies muss man ernst nehmen. Auch die Medienberichte über illegale, nicht bewilligungsfähige Antennen in Nachbargemeinden lassen doch aufhorchen. Es hat aber jetzt für uns eigentlich nichts mit diesem Thema zu tun. Nach meiner Recherche gibt es in Muri und Gümligen keine Antenne auf Landwirtschaftsland, um dies ging es nämlich. Nichts destotrotz ist es sicher auch gut, kritisch hinzuschauen, und das Mittel der Einsprache steht sowieso allen offen. Ich nehme an, Gino, Du hast sicher schon Einsprachen gemacht und vielleicht auch den Instanzenzug einen Weg weit. Dieser Vorstoss gab aber Anlass dazu, dass wir darüber diskutiert haben, dass am Anfang das eigene Nutzungsverhalten steht, welches eine Nachfrage erzeugt, welche dazu führt, dass diese Technologie immer weiterentwickelt werden muss. Da kann man sich fragen, muss dies sein – 24/7 Handygebrauch? Muss es sein, dass man ständig Mails beantworten muss unterwegs? Muss es sein, dass man über Social Media und Youtube irgendwelche Filme im Tram schauen muss? Vielleicht noch ein Tipp, du weisst dies bestimmt Gino, wenn man 5G entweichen möchte – und ich meine hier nicht irgendwelche Aluhüte –, kann man sich ein Handy kaufen, welches nicht 5G-fähig ist. Meiner Meinung nach ist man danach davon nicht direkt übers Handy tangiert. Ich habe ein Fairphone, dies ist ein Mittelklasse-Handy, und dies ist nicht 5G-fähig, doch ich habe es nicht deswegen.

Das Schlusswort wird weder von Barbara Künzi (GR) noch von Gino Brenni (Grüne)

verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss (28 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltungen)

Die Überweisung der Motion Brenni (Grüne): Für ein sofortiges Moratorium von 5G auf dem gesamten Gemeindeboden wird abgelehnt.

8. Postulat FDP.Die Liberalen betreffend Energiepolitik

Für den Gemeinderat spricht Daniela Pedinelli: Dieses Postulat gibt dem Gemeinderat die Gelegenheit, seine aktive Politik im Energiebereich aufzuzeigen, und dafür danken wir. Ich habe vorhin zur Kenntnis genommen, dass die Energiepolitik nicht ganz allen Ansprüchen gerecht wird. Ich muss sagen, ich habe Verständnis dafür und nehme dies sehr ernst. Dennoch bin ich der Ansicht, dass wir eine aktive Energiepolitik nicht auf einem tiefen Niveau betreiben. Bei der Begründung dieses Postulats musste ich ein wenig schmunzeln. Dort steht nämlich, ich zitiere: Das Fehlen von konkreten Massnahmekatalogen auf Bundes- bzw. Kantonsebene führt jedoch nicht zuletzt auch in der Gemeinde Muri bei Bern zu vielen variantenreichen und leider oft auch unsinnigen Vorstössen. Vielleicht gibt es ja manchmal einen variantenreichen und/oder unsinnigen Vorstoss mehr, als man selber denkt. Mit Bezug auf diese Begründung ist jedenfalls Folgendes zu sagen: Als Vorsteherin des Ressorts Umwelt und Energie bin ich froh, dass sich Bund und Kantone bei der Formulierung von konkreten Massnahmekatalogen für Gemeinden bis anhin zurückgehalten haben. Und ich glaube auch nicht, dass dies zu unsinnigen Vorstössen geführt hat oder führen wird. Ich glaube viel mehr, dass mit der Schaffung vom Instrument Label "Energistadt" ein grossartiger Clou gelungen ist, welcher eine viel bessere Politik ermöglicht, als starre Massnahmekataloge. Die Steuerung mittels Label "Energistadt" ermöglicht Massnahmen, welche speziell auf jede Gemeinde zugeschnitten sind und schafft Bedingungen für eine kontinuierliche Politik. Wichtig ist nicht das Label, sondern die Begleitung und Beratung einer Gemeinde für eine optimale Zielerreichung. Der Gemeinderat hat mich gebeten, die schriftliche Antwort, welche Euch vorliegt, noch zu ergänzen und hier noch etwas über die Bestrebungen des Bundes zur Stärkung der dezentralen Stromproduktion zu sagen. Die Bestrebungen sind tatsächlich sehr wichtig, und gerne gehe ich auch in diesem Rahmen noch kurz darauf ein. Diesen Sommer ist das revidierte Energiegesetz in die Vernehmlassung gegangen. Die Förderbeiträge für einheimische erneuerbare Energien sollen verlängert und wettbewerblicher ausgestaltet werden. Damit will man der Strombranche die nötige Planungs- und Investitionssicherheit geben und so die Versorgungssicherheit der Schweiz stärken. In einem zweiten Schritt will der Bundesrat den Strommarkt öffnen und erneuerbare Energien besser in den Strommarkt integrieren. Das UVEK wurde beauftragt, bis Anfang 2021 eine entsprechende Änderung des Stromversorgungsgesetzes zu erarbeiten. Wer Strom produziert, soll den überschüssigen Strom zukünftig im Quartier verkaufen können. Es werden also Quartierstrommärkte und Energiegemeinschaften ermöglicht. Auf Gemeindeebene eröffnen sich damit neue Möglichkeiten. Abschliessend möchte der Gemeinderat zum Thema Energiepolitik auf Gemeindeebene drei Punkte ganz besonders hervorheben:

1. Seine Freude über die Gründung eines Vereins, welcher sich eng mit der Energiepolitik befasst und sicher gute, zusätzliche Impulse in die Politik geben wird.
2. Seine Freude über die GBM als verlässliche, engagierte und innovative Partnerin im Energiebereich.
3. Seine Freude über das Ergebnis der Rezertifizierung als "Energistadt", welche gerade erst über die Bühne gegangen ist. Die offizielle Bestätigung erfolgt noch, und wir werden natürlich informieren. Doch ich kann bereits jetzt sagen, dass wir das Legislaturziel klar übertroffen haben und relativ nahe beim Label "Energistadt" Gold gelandet sind. Und dies alles ist nur möglich, weil Ihr alle mitgeholfen habt, und weil wir alle am gleichen Strick ziehen.

Als Erstunterzeichner spricht Emanuel Zloczower (FDP): Ich danke ganz herzlich für diese Antwort und danke auch für die Ergänzungen, welche Du, Daniela, uns noch mitgeteilt hast. Es ist eindrücklich, was die Gemeinde alles macht, was sie noch machen wird. Wir unterstützen dies und wie bereits gesagt, besten Dank für die Beantwortung, auch der Verwaltung.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Die forum-Fraktion hat sich sehr gefreut, einerseits über den Vorstoss, andererseits über die Antwort der Gemeinde. Wir sind der Meinung, dass das Thema Energiepolitik eminent wichtig ist. Wir lesen tagtäglich in den Zeitungen, was die Wissenschaftler uns prophezeien, sprich, es ist überhaupt in keiner Art und Weise business as usual. Im Gegenteil: es ist business as unusual. Dies heisst, wir sind darauf angewiesen, dass wir innovative, zukunftsorientierte Lösungen entwickeln, von welchen wir zum Teil heute selber noch nicht wissen, wie sie aussehen werden. Die Gemeinde spielt nach der forums-Vorstellung dabei eine wichtige Rolle. In der Schweiz haben wir den Föderalismus mit Vor- und Nachteilen. Zu den Vorteilen – und Gemeindeautonomie gehört für uns auch zum Föderalismus in der Schweiz – gehört, dass wir innovative Möglichkeiten prüfen können auf kleineren organisatorischen Grössen. Verschiedene Kantone, verschiedene Gemeinden können unterschiedliche Massnahmen ausprobieren, evaluieren, wie sie sich bewähren, und so quasi Vorläufer sein für eine grössere Bewegung oder eine grössere Änderung im System. Diese Haltung gegenüber der Gemeinde, welche in diesem Fall nicht einfach Empfänger ist von übergeordneten Institutionen – vom Bund oder von den Kantonen –, sondern sozusagen ein öffentliches Unternehmen ist, welches eben Innovation pflegen muss, genauso wie ein privates Unternehmen auch, kommt auch zum Ausdruck in den Empfehlungen des nationalen Energieforschungsprogramms 70/71, welches ich heute in Zirkulation geschickt habe. Eine der wichtigen Massnahmen in diesem Forschungsprogramm ist, dass die Gemeinden eine wichtige Rolle zu spielen haben, und ihr Handlungsspielraum relativ gross ist und diesen auch mutig nutzen sollen. Dass wir hier in der Gemeinde Muri-Gümligen dran sind, dass wir dies immer wieder probieren und uns auf den Weg machen, um neue Lösungen zu suchen, finde ich super. Die forum-Fraktion steht zur Verfügung und unterstützt diesen Kurs vollumfänglich.

Carole Klopffstein (Grüne): Auch ich möchte mich kurz fassen. Wir denken, dass die Idee hinter dem Postulat eine wirklich gute ist, und wir sind sehr dankbar für diese

Ausführungen. Dies gibt uns eine gute Leitplanke für die weitere Arbeit. Was wir indes aber nicht unbedingt passend finden – und hier schliessen wir uns dem Votum von Daniela an –, ist, dass man andere Vorstösse der anderen Ratsseite als unsinnig formuliert. Wir denken, wir leben in einer lebendigen Demokratie und dies heisst, dass man vielfältige Meinungen in der Politik hat. Wir anerkennen, dass die FDP und ihre Ideen eine Daseinsberechtigung haben, und wir erwarten dies eigentlich auch von Euch. Wir fänden es toll, wenn Ihr das nächste Mal statt unsinniger Vorstösse direkt Gegenvorschläge formulieren würdet, wie Ihr dieses Problem angehen würdet, so dass wir einen konstruktiven Dialog führen können. Dem Antrag stimmen wir zu.

Joe Brunner (SP): Der Gemeinderat entspricht dem Postulat, indem er aufzeigt, welche Massnahmen die Gemeinde in den Bereichen Energie und Klima ergreift. Der Katalog der erfolgten, der gegenwärtigen und der geplanten Massnahmen ist eindrucklich. Dafür gebührt Dank der Ressortleiterin Umweltschutz und Energie, Daniela Pedinelli, die zudem mit ihrem grossen Engagement für die Gemeinde das Label "Energistadt" erwarb. Dank gebührt dafür auch dem gesamten Gemeinderat, der Verwaltung und den Gemeindebetrieben Muri.

Wertvoll ist die Möglichkeit, als einzelne Person jederzeit Anfragen an die Verwaltung stellen zu können, um kompetente Auskunft über diesbezügliche Fragen zu erhalten, und auch an den jährlichen Informationsveranstaltungen Impulse zu erneuerbaren Energien zu gewinnen. Dass die Gemeinde bei ihren eigenen Bauten höchste Ansprüche an die Energieeffizienz stellt, gehört zum Image einer fortschrittlichen Kommune. Wir hoffen, dass die neue Ressortleitung der nächsten Legislatur den eingeschlagenen Weg energisch weiterverfolgt. An tatkräftiger Unterstützung aus unserem Rat wird es nicht fehlen. Dies zeigen einige Voten von heute Abend.

Das Schlusswort wird weder von Daniela Pedinelli (GR) noch von Emanuel Zloczower (FDP) verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Das Postulat FDP.Die Liberalen betreffend Energiepolitik wird überwiesen mit gleichzeitiger Abschreibung.

9. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Keine Informationen.

10. Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Siegenthaler Muinde und Jordi (forum): Pumptrack in der Gemeinde als attraktiver Spiel- und Sportplatz für alle

Der Gemeinderat wird beauftragt, innerhalb von 12 Monaten einen Pumptrack in der Gemeinde zu realisieren. Für die Realisierung sollen möglichst lokale Unternehmen beigezogen und die Biodiversität bei den Umgebungsarbeiten optimal gefördert werden.

Im Januar 2017 wurde eine Jugendmotion für eine Downhill-Strecke im Wald eingereicht. Trotz Engagement seitens der Gemeinde scheitert die Umsetzung zur Zeit an den Bedenken des Jagdinspektorats. Die Jugendlichen warten weiterhin auf eine geeignete Infrastruktur. Eine realisierbare Alternative? Ein Pumptrack.

David Sardi, Jugend-Motionär, meint auf Anfrage, dass ein Pumptrack im Moment nicht grad so in seinem Fokus sei. Doch: "Wenn es einen gäbe, dann würde ich sicher hingehen. Auf jeden Fall habe ich gar nichts dagegen!"

Der Bau eines Pumptracks passt zudem perfekt in das neu formulierte Spielplatz-Konzept der Gemeinde. Denn von der Bevölkerung wird ein Pumptrack als attraktiver Spielplatz wahrgenommen.

Pumptracks sind Rundkurse mit aufeinanderfolgenden Wellen und Steilwandkurven. Sie dienen einer breiten Nutzergruppe vom Erwachsenen bis zum Kind und können mit allen Sportgeräten mit Rädern und Rollen befahren werden. Durch Zieh- und Drückbewegungen wird Fahrt aufgenommen.

Quelle: Velosolutions, Flims

Ein Pumptrack kann auf unterschiedlichen Flächen realisiert werden:

Kleine-mittlere Anlage:	(250-) 500 m ²
Mittlere Anlage:	690 m ²
Grössere Anlage:	ab 1000 m ²



Pumptracks sind aus vielen Gründen eine gute Investition:

1. **Radfahren ist die zweitbeliebteste Sportart der Schweiz:** Gemäss der BASPO-Studie Sport Schweiz 2014 ist Radfahren (38.3% der Bevölkerung) nach Wandern / Bergwandern die zweitbeliebteste Sportart der Schweiz.
2. **Unfälle vermeiden, Fahrsicherheit trainieren:** Auf dem Pumptrack kann abseits der Strasse die Fahrtechnik trainiert werden. Damit erhöht sich die Fahrsicherheit.
3. **Attraktive Gemeinde:** Eine moderne und gute Infrastruktur, die den Bedürfnissen aller Gruppen von Bewohner*innen entspricht, ist auch Standort-Marketing.

4. **Bewegungsförderung:** Pumptracks machen nicht nur Spass, sie fördern auch Fitness, Koordination und Kondition.
5. **Gute Investition:** Verglichen mit anderen Sportanlagen sind Pumptracks relativ günstig.
6. **Pumptracks sind für alle:** Kinder und Jugendliche mögen die unkonventionelle sportliche Betätigung, Freizeit-Mountainbiker finden ein ideales Übungsgelände vor und Profis ein optimales Trainingsgelände.



7. **Mehr miteinander:** Der Pumptrack ist ein Ort der Begegnung. Er verbindet und bringt Menschen sämtlichen Alters in einer toleranten und aktiven Umgebung zusammen. Gegenseitige Rücksichtnahme wird gelebt.
8. **Wenig Lärm:** Das Befahren von Pumptracks verursacht wenig Lärm und ist für die Anwohner unproblematisch. Ein Pumptrack wird als Spielplatz für gross und klein wahrgenommen.
9. **Pumptracks sind sicher:** Sie sind in der bfu-Schwierigkeitsstufe „blau“ (einfach) eingestuft und problemlos in die bestehenden Versicherungen für Spielplätze einzubauen.

Die Kosten belaufen sich auf CHF 140-185 pro m² der Gesamtanlage. Sprich weniger als CHF 100'000 für eine kleinere Anlage mit einer Gesamtfläche von 500 m² (Parcours 130m²) und gut CHF 200'000 für eine doppelt so grosse Anlage auf 1000m² (Parcours 420m).

Als mögliche Standorte kommen Spielplätze und Sportanlagen oder Naherholungsgebiete in Frage. Ebenso können Pumptracks bereits bestehende Wohnquartiere und Siedlungen aufwerten. Mögliche Standorte in der Gemeinde, wobei ein zentraler Standort vorzuziehen wäre: Schulanlage Moos (Fläche hinter der Ballsporthalle), Anlage Füllerich (Wiese neben Spielwiese / Tennis), Schule Melchenbühl (hinterer Teil des Rasens).

Links zu Pumptrack-Bauern in der Schweiz:

Velosolutions GmbH, Flims, www.velosolutions.com/pump-track/de

Flying Metal GmbH, Thun, <http://flyingmetal.ch/de/>

Aufgrund einer Jugendmotion von 2009 wurde zwei Jahre später eine Skateboard-Anlage im Moos eingeweiht. Diese ist für Skater attraktiv, aber weniger flexibel und breit nutzbar als ein Pumptrack, auf dem alle Radbegeisterten - auch jüngere Kinder - ihre Künste ausprobieren und eine Vielzahl von Gefährten ihre langsamen oder rasanten Runden drehen können.

Die Anliegen von Jugendlichen erfordern ein rasches Handeln, da sich deren Bedürfnisse mit dem Alterwerden wandeln. Seit der Jugendmotion Downhill Track sind bald 4 Jahre vergangen. Das ist zwar unverschuldet, aber keine Werbung bei den Jungen für die Politik.

Damit die heutigen Jugendlichen noch etwas vom Pumptrack haben, erwarten wir, dass die Realisierung mit der nötigen Priorität angegangen wird. 12 Monate scheinen uns dafür ausreichend.

Die angehängten Unterschriften zeigen, dass das Anliegen breiten Rückhalt gerade auch bei einer jüngeren Bevölkerung hat.

Muri-Gümligen, 20. Oktober 2020

*Gabriele Siegenthaler Muinde
Kevin Jordi*

*D. Ruta-Robert, C. Klopstein, H. Beck, P. Messerli, W. Thut, R. Racine,
J. Brunner, P. Rösli, B. Häuselmann, E. Zloczower, E. Schmid, L. Lehni,
R. Lütolf (15)*

Die Vorsitzende: Nun kommen wir zur dringlichen Motion, welche eingereicht worden ist. Gemäss Art. 30 Abs. 4 der Geschäftsordnung muss dieser Vorstoss zwingend am Schluss der Sitzung behandelt werden. Ihr habt diesen Vorstoss auch mit Mail vom 19. Oktober 2020 erhalten.

Dringende Motion 2.1: Einsparpotential bei Strassenbeleuchtung realisieren

Antrag:

Der GR wird beauftragt, dem GGR - so rasch als möglich und mit dem Ziel einer Umsetzung bis spätestens Ende 2022 -, eine Vorlage zur Umstellung der Strassenbeleuchtung auf intelligente LED Leuchten zu unterbreiten und die damit erreichbaren Energie- und Kosteneinsparungen aufzuzeigen.

Begründung:

Mit intelligent steuerbaren LED-Leuchten lassen sich 90% Energie und Kosten sparen, je nach konkret aktiviertem Steuerungsmodus. Dies bestätigt eine detaillierte Analyse auch für Muri-Gümligen, je nach Option resultieren sogar geschätzte Einsparungen von 92%.

Das entspricht einem Einsparpotential von rund CHF 125'000 pro Jahr. Die Investitionskosten von geschätzt CHF 825'000 sind somit nach 6.5 Jahren amortisiert.

Damit realisiert die Gemeinde einen Beitrag an die Energiewende, stärkt ihre Position als Energiestadt und tut mit mehr nächtlichem Dunkel allen Lebewesen etwas Gutes.

Die obigen Zahlen ergeben sich aus einer detaillierten IST-SOLL Analyse: Stand 2019 (orange), Stand 2021 aufgrund der bisher geplanten Massnahmen (blau) sowie Stand 2021 mit den vorgeschlagenen Massnahmen (violett): Es resultieren Einsparungen von 90% (Spalte Einsparpotential) bzw. gut CHF 125'000.

Die Zahlen basieren auf Option 2, mit einer Beleuchtungseinschaltung von 40%, welche ab 20 h abgesenkt wird auf 5% mit kurzzeitiger Aktivierung auf 40% bei Verkehrsaufkommen, ohne Nachtabschaltung. Würde die Gemeinde wie bis anhin nur auf dimmbare LED-Leuchten umrüsten, lassens sich "nur" 72% einsparen.

IST-ZUSTAND und GEPLANTE MASSNAHMEN / BUDGET 2021						ANTRAG und ZUSÄTZLICHE MASSNAHMEN / REVIDIERTES BUDGET 2021							
Stromkosten		141,072		Rg 2019		140,000		Budget 2021	Budget 2021 / Option 2:		75,831	Einsparung 2021:	64,169
Strassenbeleuchtung (CHF)									Budget ab 2022 / Option 2:		13,614	Einsparung pro J:	126,386
Infrastruktur und Energieverbrauch		Stand E 2019 (bestätigt)		Stand E 2021 mit bisher geplanten Massnahmen (geschätzt)		Stand E 2021 aufgrund Antrag							
Lampentypen	kW / h (ohne Dimmung)	Anzahl		Anzahl	kW / Nacht inkl. Dimmung	Aktuelle Dimmung	Anzahl	kW / h		kW / Nacht inkl. Dimmung	Einsparpotential	Betrieb (Dimmung & intelligente Steuerung)	
LED dimmbar + intelligente Steuerung	0.035	0		0			1200	42	Option 1 Modell Langnau a.A.	33.60		Einschaltung mit 40%, ab 20h auf 5% mit Sensor --> aktiviert 40% / 1Min; 1-5 h Nachtabschgt	
									Option 2 Ohne Nachtabschaltung	54.60		wie Option 1, ohne Nachtabschaltung	
LED dimmbar	0.035	201	14.15%	361	71.97	auf 50% 22-01 h auf 30% 01-05 h	220	7.7		43.89		auf 50% 22-01 h auf 30% 01-05 h	
HST Natriumdampfhochdrucklampe dimmbar	0.11	630	44.37%	587	419.99	auf 50% 22-05 h			Total Option 1	77.49	92.35%		
HSE -- nicht dimmbar	0.11	492	34.65%	375	412.34				Total Option 2	98.49	90.28%		
HME Quecksilberdampflampe	0.13	60	4.23%	60	78.00				Vergleich: 100% nicht intelligente LED-Leuchten	283.29	72.03%		
HIT Halogenlampe	0.15	12	0.85%	12	18.00								
Sonderleuchtmittel	0.05	25	1.76%	25	12.50								
		1420	100.00%	1420	1012.80								
Zusätzliche Investition 2021 (CHF):										824,000			
Beleuchtungsdauer / Nacht:							1200	LED-Leuchten à CHF 650		780,000	inkl. Montage, Kabelstrang für Quartierstrassen (Kandelaber 4,5m)		
Jahresdurchschnitt (h)	10						400	Aufpreis à CHF 110		44,000	Menge geschätzt; Aufpreis für Kandelaber 6,5m		
Amortisationsdauer (J):										6.5			

Ausgangslage

- In Muri-Gümligen haben wir bisher 201 LED-Leuchten (14% Stand Ende 2019) installiert, die NICHT intelligent steuerbar sind. Der Zuwachs betrug von 2015 bis 2019 etwas mehr als 3% pro Jahr.
- In diesem Tempo dauert es noch viele Jahre, bis das gesamte Gemeindefeld mit 1420 Leuchtpunkten auf dem neuesten Stand ist. Während dieser Zeit fallen erhöhte Stromkosten an.
- Bisher wird die Umrüstung auf LED in den allermeisten Fällen zusammen mit einer Strassensanierung vorgenommen.
- Die aktuellen LED-Leuchten werden bei der BKW eingekauft. Die BKW-Preise für LED Leuchten mit intelligenter Steuerung sind nicht wirtschaftlich.

Massnahmen zur Reduktion der Stromkosten

1. Den Austausch der Leuchten in den bestehenden Kandelabern vornehmen und damit Strassensanierungen und Beleuchtungstechnologie entkoppeln. Ein Austausch der 1079 "alten" Lampen im Verlauf der Jahre 2021-22 ist eine reine Ressourcenfrage und technisch problemlos.

2. *Ab sofort nur noch steuerbare LED-Leuchten einkaufen und einbauen. Ohne intelligente Steuerung sind die Einsparungen erfahrungsgemäss auf 40-70% beschränkt. Intelligent steuerbare Lampen bieten zudem alle Optionen, so dass z.B. das Beleuchtungskonzept jederzeit ohne zusätzliche Investitionen angepasst werden kann. Und wir haben ein Potential für individuell angepasste Dunkelheit und somit einen viel höheren ökologischen Mehrwert.*
3. *Die Kosten für intelligent steuerbare LED-Leuchten lassen sich dramatisch senken, wenn die Gemeinde (a) eine grössere Menge (b) direkt mittels Ausschreibung einkauft. Die Gemeinde Langnau a. A. hat dies vorgemacht. Das Einsparpotential erhöht sich weiter, wenn der Einkauf zusammen mit anderen Gemeinden (z.B. Köniz) erfolgt und den Bedarf der nächsten 5 Jahre bündelt (Skaleneffekte).*
4. *Im Austausch mit der Bevölkerung ein Beleuchtungskonzept definieren. Die Intensität und Dauer der nächtlichen Beleuchtung ist ein emotionales Thema. In anderen Gemeinden hat es sich bewährt, diesbezüglich engen Kontakt mit der Bevölkerung zu suchen und über die vielfältigen Wechselwirkungen von Beleuchtung und Sicherheit (Licht kann mehr, aber auch weniger Sicherheit generieren) zu informieren bzw. mit Pilotphasen zu arbeiten. Der Vorteil von intelligent steuerbaren Leuchten macht sich dabei voll bezahlt: Intensität, Dauer und Dynamik können für jede einzelne Lampe und ohne Zusatzkosten am Computer jederzeit neu festgelegt werden.*

Diese Massnahmen werden in anderen Gemeinden bereits mit Erfolg umgesetzt und nach Rücksprache mit Experten von Dark Sky Switzerland und den Verantwortlichen der Gemeinde Langnau a.A. vorgeschlagen. Die dort zuständigen Personen sind auch bereit, die Gemeinde Muri-Gümligen bei Bedarf zu unterstützen und ihr Know-How zu teilen.

Dringlichkeit: *Die Dringlichkeit der Motion ergibt sich aus den Kostenfolgen. Die 4-monatige Verzögerung des Projekts durch eine "normale" Motion würde die Gemeinde bzw. die Steuerzahler*innen rund CHF 47'000 kosten. Zudem besteht eine thematische Nähe zur Diskussion des Budgets 2021 bzw. Investitionsplans 2020-2025, so dass eine zeitgleiche Behandlung sinnvoll ist.*

Muri bei Bern, 20. Oktober 2020

G. Siegenthaler Muinde

D. Ruta-Robert, R. Buff, P. Messerli, W. Thut, J. Brunner, K. Jordi, M. Gubler, P. Rösli, B. Schmitter, B. Häuselmann, D. Arn, E. Zloczower, E. Schmid, L. Lehni, L. Held, R. Lütolf, Ch. Spycher (18)

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Die dringende Motion ist nicht eine dringende Motion Siegenthaler, sondern es ist einfach eine dringende Motion. Ich hoffe, dies ist nicht nur meine Motion, sondern dass es auch Eure Motion sein wird. Vielleicht noch kurz zum Antragstext, für diejenigen unter Euch, welche die letzte Version vielleicht nicht gesehen haben. Der Antragstext wurde in Absprache mit Markus Bärtschi noch leicht abgeändert und lautet jetzt: "Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR so rasch als möglich und mit dem Ziel einer Umsetzung bis spätestens Ende 2022 eine Vorlage zur Umstellung der Strassenbeleuchtung auf intelligente LED-Leuchten zu unterbreiten und die damit erreichbaren Energie- und Kosteneinsparungen aufzuzeigen."

Zur Begründung der Dringlichkeit: Als allererstes ist es mir wahnsinnig wichtig, Euch die Zahl von 90 % zu erklären, welche in diesem Antrag steht, welche man einsparen könnte bei den öffentlichen Beleuchtungskosten für den Strom. Dies ist nicht irgendeine Fantasiezahl oder eine geschätzte Zahl, welche ich oder

irgendjemand anderes errechnet hat. Dies ist eine reale Zahl, welche verschiedene Gemeinden erreicht haben im Rahmen ihrer Umstellung der Strassenbeleuchtung auf intelligente Leuchtkörper z.B. die Gemeinde Trubschachen, die Gemeinde Langnau am Albis – mit welchen ich ein paar Mal im Austausch war – oder auch die Stadt Chur, welche genau dieses Vorgehen gewählt hat und die besagten Einsparungen realisieren konnte. In unserem Fall haben wir Stromkosten von ungefähr CHF 140'000.00 pro Jahr für die öffentliche Beleuchtung. Wenn wir also das Einsparpotenzial berechnen wollen, kommen wir auf ungefähr CHF 125'000.00 pro Jahr, dies wären die 90%. Eine normale Motion – wenn wir diese heute stellen würden – würde in vier Monaten zur Diskussion stehen, und wir könnten sie dann überweisen. Dies ist ein Dritteljahr – ein Dritteljahr von diesem Einsparpotenzial sind ungefähr CHF 47'000.00. Wir als forum-Fraktion sind der Meinung, unsere Steuerzahler würden dies nicht verstehen, wenn wir heute sagen würden, wir machen business as usual, wir werden diese Motion in vier Monaten behandeln. Die Entscheidungsgrundlagen werden dann nicht wirklich andere sein als heute. Das Ziel dieser Motion ist nicht, etwas schon in Stein zu meisseln, sondern das Ziel dieser Motion ist, dass der Gemeinderat eine Vorlage erarbeitet, über welche wir anschliessend diskutieren können. Sprich, wir erarbeiten uns Grundlagen, welche uns Optionen zeigen, welche attraktiv sind aus meiner Perspektive und erhebliche Einsparmöglichkeiten bieten, und verlieren werden wir überhaupt nichts, sondern wir können nur gewinnen. In diesem Sinne hoffe ich, dass Ihr die Dringlichkeit dieser Motion teilen werdet. Sie hat ja notabene auch einen Zusammenhang mit den heute diskutierten Traktanden Investitionsplan und Budget, und ich bin froh, dass dies ein Vorstoss ist, welcher einerseits Kosten reduzieren kann und andererseits nicht zu neuen Schulden führen wird, da ja innert relativ kurzer Zeit diese Investitionen wieder amortisiert werden.

Thomas Hanke (GR): Ich danke Gabriele, dass sie mit Markus Bärtschi eine Lösung gefunden hat in der Formulierung, dass der Gemeinderat die Dringlichkeit nicht hinterfragen muss und sich gegen diese nicht widersetzen wird.

K. Urs Grütter (SVP): Ich bin nicht der Auffassung, dass diese Motion dringlich ist. Ich habe im August 2018 auf dieses Problem hingewiesen. Wir haben bereits damals die Antwort bekommen, dass im laufenden Verfahren von Ersatz und Sanierung von Beleuchtungen diese Anliegen verfolgt werden. Es ist halt einfach so, wenn Ihr vorzeitig Sachen ersetzt, dann ist es immer teurer, als wenn man es ein wenig laufen lässt. Ihr könnt dies selber einmal versuchen zu berechnen bei Eurem Auto: Wenn Ihr ein Auto etwa 20 Jahre fahren werdet, dann habt Ihr in den letzten 10 Jahren vielleicht gegenüber den modernsten Autos ein wenig erhöhte Betriebskosten, aber wenn Ihr die graue Energie der Neuproduktion dazu rechnet, dann seid Ihr mit einem solch alten Auto am umweltfreundlichsten unterwegs. Dies gilt eigentlich für sämtliche technische Einrichtungen. Wenn Ihr mit der Brechstange noch funktionsfähige Einrichtungen abrecht und neue installiert, – nur, weil diese auf den Moment gerechnet vielleicht einen geringeren Verbrauch haben – dann habt Ihr mit dem Gesamtbudget, welches Ihr vielleicht auch einberechnen müsst, mit einer überhöhten Neuproduktion von Sachen, welche jetzt modern sind, aber in 10 Jahren veraltet, eine vorzeitige und übereilige sowie übermässige Investition auf den heutigen Zeitpunkt festgelegt. Damit verbauen wir uns auch die Möglichkeit, "au fur et à mesure" immer wieder an einem kleinen Teil die modernsten Sachen einzubauen. Der Durchschnitt unserer Beleuchtung wird moderner sein, wenn wir "au fur et à mesure" immer schön etwas machen und nicht meinen, jetzt haben wir den Status erreicht, bei welchem kein technischer Fortschritt mehr möglich ist, und darum müssen wir jetzt alles ersetzen. In diesem Sinne bin ich nun einfach dagegen, dass man hier etwas dringlich erklärt, was wir seit knapp zweieinhalb Jahren kennen und eigentlich auch bearbeiten.

Beschluss (26 Ja / 4 Nein / 3 Enthaltungen)

Der Dringlichkeit der Motion wird zugestimmt.

Thomas Hanke (GR) verzichtet auf das Wort aus dem Gemeinderat.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Ich weiss nicht genau, wie fest ich hier ausholen soll. Ich glaube, angesichts der Zeit, versuche ich mich möglichst kurz zu halten. Es ist sicher, dass diese Motion einerseits finanzpolitische Zielsetzungen verfolgt. Ebenso offensichtlich ist, dass es natürlich mit der Energiewende einen Zusammenhang hat, mit dem Energiestadtlabel und auch mit ökologischen Anliegen. Ich glaube dies ist derart offensichtlich, dass ich hier nicht wirklich gross ins Detail gehen muss. Wichtig scheinen mir zwei Sachen:

1. Es ist heute möglich, mit dem richtigen Vorgehen intelligent steuerbare LED-Leuchten einzukaufen zum gleichen Preis wie sogenannte "dumme" LED-Leuchten. Wie dies geht, ist in der Motion ausgeführt.
2. Wieso ist dies wichtig? Die intelligenten LED-Leuchten erlauben uns alles zu machen, was wir wollen. Das heisst, wir haben einen viel besseren return on investment, da sie ja gleich viel kosten, aber sie bieten uns viel mehr. Zum Beispiel ist diese Einsparung von 90% nur möglich mit sogenannt intelligenten Leuchten, nicht mit Leuchten, welche einfach nur dimmbar sind. Ich erkläre wieso: Wenn Ihr auf einer Gemeindestrasse in der Nacht das Licht absenken wollt, könnt Ihr dies mit einer nur dimmbaren Leuchte vielleicht bis auf 30% machen, sonst erfüllt Ihr die Beleuchtungsvorschriften nicht mehr. Mit einer intelligenten Leuchte hingegen könnt Ihr hinunterfahren bis auf 5%, und wenn dann tatsächlich einer dieser seltenen Verkehrsteilnehmer daher kommt, fährt sich diese Leuchte automatisch auf 40% hoch – während einer Minute oder vielleicht zwei, je nachdem wie wir es definieren –, und nachher geht sie wieder zurück in ihren Ruhemodus. Sprich, die intelligenten Leuchten erlauben uns, die Beleuchtung so zu steuern, wie und wann wir es wollen. Wir können uns damit an zukünftige Bedürfnisse anpassen. Den Beleuchtungsmodus können wir jederzeit neu einstellen, ohne dass wir irgendwie zusätzlich Geld ausgeben müssen.

Ich hoffe, dass dieses Einsparpotenzial und die weiteren anderen Effekte, welche diese Motion für unsere Gemeinde bringen würde, bei Euch auf Anklang stossen. Ich denke, wir sind hier im Saal alles Politiker und Politikerinnen, welche das Interesse der Steuerzahler und das Wohl der nächsten Generationen ins Zentrum stellen. Genau dies will diese Motion.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen. Keine weiteren Wortmeldungen.

Das Schlusswort wird weder von Thomas Hanke (GR) noch von Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) verlangt. Kein Rückkommen.

Beschluss (31 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen)

Die Motion wird überwiesen.

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Ich habe Euch eingeladen zu einem Parlamentsausflug in der Hoffnung, dass wir diesen auch wirklich durchführen können. Ich würde diesen nicht durchführen, wenn das Schutzkonzept von YB nicht dichthalten würde und dies muss es, es ist immerhin ein grosser Sportclub. Im Moment spricht noch nichts dagegen, dies kann sich jeden Tag ändern. Ich werde Euch auf dem Laufenden halten. Wenn Ihr angemeldet seid und ich beschliesse, diesen Anlass durchzuführen, dann wird dieser auch so durchgeführt, dass ich Euch nicht in Gefahr bringe. Sonst wird er wirklich abgesagt.

Gehaltene Voten sind in schriftlicher Form an Karin Pulfer zuzustellen bzw. zuzusenden. Nun wünsche ich allen, welche es betrifft, viel Erfolg für die Wahlen vom kommenden Sonntag, und ich freue mich auf unsere letzte GGR-Sitzung in diesem Jahr bzw. dieser Legislatur am 17. November 2020. Ich wünsche allen eine gute Heimreise und noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Christa Grubwinkler Sarah Schlumpf